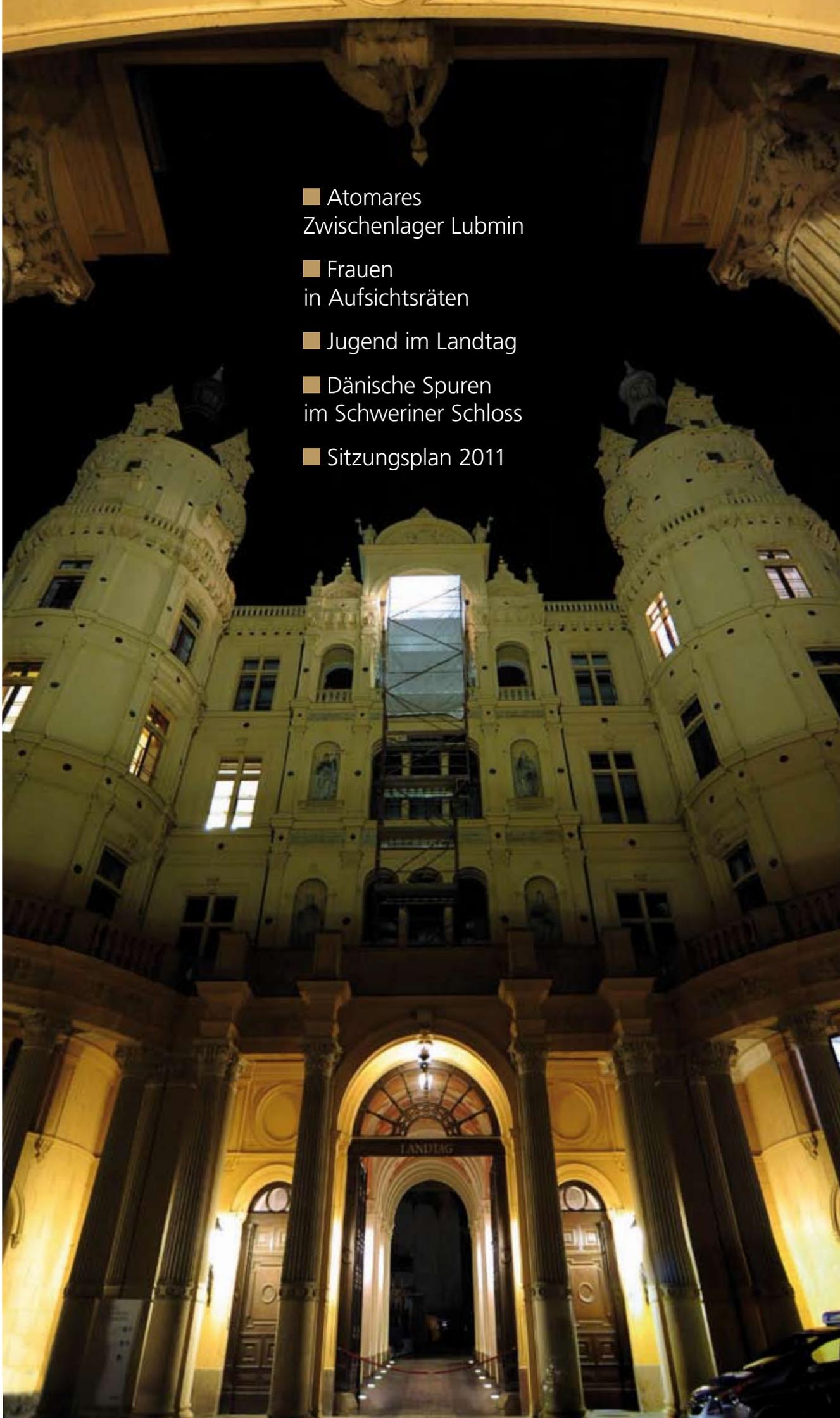


# LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern



- Atomares Zwischenlager Lubmin
- Frauen in Aufsichtsräten
- Jugend im Landtag
- Dänische Spuren im Schweriner Schloss
- Sitzungsplan 2011



15. Dezember  
9 / 2010

## Seite 3

**Spezial**

Schlossgespräch:  
Demografischer Wandel und M-V

## Seiten 4 – 5

**Aus dem Plenum****Aktuelle Stunde:**

Kein atomares Endlager  
in Greifswald/Lubmin

## Seiten 6 – 10

**Weitere Themen:**

EU-Kohäsionspolitik  
Bau der B 96n  
Landwirtschaftliche Bodennutzung  
Rundfunkänderungsstaatsvertrag  
Weitere Beschlüsse

## Seiten 11 – 17

**Auszüge aus der Debatte:**

Frauen in Aufsichtsräten  
landeseigener Unternehmen

## Seite 18

**Aus den Ausschüssen****Innenausschuss**

Öffentliche Anhörung  
zum Sicherheits- und  
Ordnungsgesetz

**Wirtschaftsausschuss**

Ortstermin auf dem  
ehemaligen Bombodrom  
Kyritz-Ruppiner Heide

## Seiten 19 – 21

**Beteiligung**

Jugend im Landtag 2010

## Seite 22

**Schlossgeschichten**

Dänische Spuren im Schloss

## Seite 23

Sitzungsplan 2011  
des Landtages M-V  
Gewinnspiel

Titelfoto (Cornelius Kettler)

Hauptportal des Schweriner  
Schlosses

**Impressum**

Herausgeber:

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Claudia Richter

**Layout:** Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen  
haben wir bei der Bezeichnung von Menschen-  
gruppen manchmal nur die männliche Form  
verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche  
Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht in jedem Fall die Meinung des Herausge-  
bers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-  
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schrift-  
licher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos  
bezogen werden. Bestellungen sind an den  
Herausgeber zu richten.

# Das Salz in der Suppe der Demokratie



Foto: privat

Andreas Beck ist Referent für Jugendinformation und Öffentlichkeitsarbeit beim Landesjugendring MV und Vorstandsmitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Medien MV.

■ *Medien sind das Salz in der Suppe der Demokratie, sagen die einen. Nein, sagen andere, der Streit sei es. Walter Scheel sah die Opposition in der Rolle des Gewürzes, wieder andere sehen das Recht auf Kritik oder auch die Wahlen in dieser Funktion. Alle diese Sprüche nutzen ein Bild gemeinsam: die Demokratie als Suppe. Ein Sinnbild, das nur auf den ersten Blick ein wenig Understatement enthält – ist doch eine gute Suppe zu kochen und zu servieren eine hohe Kunst, wie man in Restaurants leicht feststellen kann. Ebenso ist lebendige Demokratie eine hohe Kunst, die all der oben genannten Zutaten bedarf. Lassen Sie mich noch ein Gewürz hinzufügen und behaupten: Partizipation ist das Salz in der Suppe der Demokratie.*

*Wir leben in einer Zeit, in der vieles im Umbruch ist: die Automatisierung drängt den Menschen mehr und mehr aus dem Arbeitsprozess, Dienstleistungen und hoch spezialisierte Fachkräfte sind gefragt denn je, Wissen und Ausbildung sind erforderlich, die so noch gar nicht im Angebot waren oder sind. Lebenslanges Lernen fordert uns nun von Anfang an, sogar schon in der Kita, und – Sie wissen es besser als ich – setzt sich sogar im Parlament täglich fort. Die Globalisierung stellt unser aller Alltag in einen neuen Kontext. Der technische Fortschritt zwingt uns zu Anstrengungen, die wir so nicht gewählt hätten, hätten wir wählen dürfen. Alle diese Trends werden zusätzlich beschleunigt durch die Digitalisierung: die uns so lieb gewordene analoge Welt driftet unhaltbar in das digitale Zeitalter.*

*Ja, werden Sie sagen, was hat das aber mit Partizipation zu tun? Eine ganze Menge, behaupte ich, besonders die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist wichtig. Denn auch diese Trends werden immer deutlicher sichtbar: die Alten lernen von den Jungen, da diese die Herausforderungen der digitalen Welt – ohne den Ballast althergebrachter Sichtweisen – aufwachsend als „natürliche Umwelt“ kennen lernen und verstehen. Dabei*

*denkt man zuerst an technische Kompetenz: Jugendliche begreifen eben Geräte und User-Interfaces schneller.*

*Das allerdings ist zu kurz gesprungen: Kinder und Jugendliche lernen heute schon frühzeitig, sich in anderen, mitunter viel effektiveren sozial-vernetzten Umgebungen zu bewegen, die Kooperationen in ganz anderen Dimensionen ermöglichen. Selbstwirksamkeit, aber auch wirkliche Selbstdarstellung wird im „digitalen Kinderzimmer“ schon früh erfahren. Zugegeben: das ist ein nicht unkritisch zu sehender Lernprozess, allerdings einer, bei dem wir die Kinder und Jugendlichen noch zu oft zu wenig unterstützen (können). Wirksame Unterstützung beim digitalen Aufwachen setzt Kompetenzen voraus, die wir Erwachsenen erst noch erwerben müssen.*

*Und auch dabei braucht es Partizipation. Wie wollen wir die politischen Rahmenbedingungen richtig setzen, die Weichen für die Zukunft des Landes richtig stellen, ohne die Kompetenzen der Zukunftsexperten Kinder und Jugendliche? Wir müssen sie einbeziehen, sie fragen, ihnen unsere Ansichten, Erkenntnisse und Entscheidungen mitteilen und ihre Meinungen dazu einholen. Und das in allen Ebenen, die Entscheidungen für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen treffen: in den Familien, den Kitas, Schulen, Firmen und Universitäten. Aber eben auch in den politischen Ebenen von der Kommune über die Landesebene bis zur europäischen.*

*Hier ist „Jugend im Landtag“ nun schon im siebten Durchgang ein gelungenes Beispiel, wie Partizipation auf Landesebene fruchten kann: als politische Bildung in beide Richtungen, als direkter und Gedankenaustausch auf Augenhöhe.*

*Partizipation ist das Salz in der Suppe der Demokratie. Genau die richtige Menge Salz zu finden, das ist die hohe Schule der Kochkunst, eben auch der politischen in einem Parlament.*

**Andreas Beck**

# Demografischer Wandel als Chance

## 13. Schweriner Schlossgespräch: Experten machen Mut

■ **Abwanderung, Geburtenrückgang, Überalterung – der demografische Wandel hinterlässt seine Spuren in Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2020 werden noch etwa 1,5 Millionen Menschen im Land leben, wies der Vizepräsident des Landtags, Andreas Bluhm, beim 13. Schweriner Schlossgespräch auf eine Prognose hin. Verglichen mit 1990 sind das etwa 366.500 Einwohner weniger. Die alarmierende Entwicklung war Anlass für den Landtag, am 16. November eine hochkarätige Expertenrunde zur traditionellen Gesprächsreihe in das Schweriner Schloss einzuladen.**



Foto: Landtagsverwaltung

v.l.: Dr. Reinhard Dettmann, Städte- und Gemeindefach M-V, Bürgermeister von Teterow; Uwe Kunkel, Vereinigung der Unternehmensverbände M-V; Landtags-Vizepräsident Andreas Bluhm; Prof. Dr. Joshua R. Goldstein, Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock; Prof. Dr. Mathias Feige, dwif-Consulting GmbH Berlin.

Doch die Gäste sahen bei aller Dramatik auch Anlass zu Optimismus. Die Geburtenrate in Mecklenburg-Vorpommern steige neuerdings wieder, wie im gesamten Osten Deutschlands, sagte **Prof. Dr. Joshua R. Goldstein**, Direktor des Max-Planck-Institutes für demografische Forschung in Rostock. Zwischen Ost und West gebe es in dieser Beziehung inzwischen fast eine Angleichung. Der Amerikaner räumte mit einem weiteren Vorurteil auf. Er selbst habe geglaubt, die Lebenserwartung sei niedrig im Land zwischen Ostsee und Seenplatte. Doch schon im 19. Jahrhundert sei die Lebenserwartung in Mecklenburg-Schwerin trotz der ökonomischen Rückständigkeit höher gewesen als in vielen anderen Teilen Deutschlands, verwies er auf Fakten aus der Geschichte. Und heute sei sie zumindest bei den Frauen genauso hoch wie bei ihren Geschlechtsgenossinnen im Westen. Gegenwärtig liegt sie der Statistik zufolge für einen Mann, der 65 Jahre alt ist, bei knapp über 80 Jahren. Eine 65-jährige Frau wird durchschnittlich etwas über 84

Jahre alt – das sind rund fünf Jahre mehr als noch 1989. Auch bei der Abwanderung gebe es einen neuen Trend. In den 1990er Jahren hieß es, dass vor allem junge Frauen das Land verließen. Doch etwa seit der Jahrtausendwende gebe es zumindest in dieser Beziehung zwischen den Geschlechtern keinen Unterschied mehr. „Die Ostdeutschen können stolz sein, dass trotz der ökonomischen Situation die Geburtenrate hier so hoch ist wie im Westen Deutschlands. Wir erwarten eine weitere Steigerung“, sagte Goldstein. Und für ein Gesundheitsland sei es eine gute Werbung, wenn Menschen in Mecklenburg-Vorpommern alt werden können. Ganz genau könnten auch die Forscher nicht vorhersagen, was die Zukunft bringt. Aber die grundsätzlichen Probleme seien bekannt. Da spiele nun die Politik eine wichtige Rolle, um die Entwicklung in den Griff zu bekommen. Auch der Tourismus müsse sich darauf einstellen, dass die Bevölkerung immer älter werde, sagte **Prof. Dr. Mathias Feige**, Geschäftsführer der dwif-Consul-

ting GmbH Berlin – ein Beratungsunternehmen für die Tourismus- und Freizeitbranche. Dabei zeige sich der Trend, dass aktive Senioren „so lange sie können“ ins Ausland reisen. Die Chance für den Tourismus im Land seien Urlauber ab 70 Jahre. Und das seien in aller Regel keine Greise, sondern anspruchsvolle Gäste. Aber auch für Familien und junge Menschen müssten neue Produkte entwickelt werden, um sie für einen Urlaub im Land zu begeistern. Der demografische Wandel wirkt sich seinen Worten nach auch auf den touristischen Arbeitsmarkt aus. Der Anteil der älteren Arbeitnehmer steige. Doch das sei alles kein Anlass für Pessimismus. „Der demografische Wandel ist unabänderlich“, sagte er. Darauf könnten Land und Unternehmen nur mit Kreativität reagieren.

Das bestätigte auch **Dr. Reinhard Dettmann**, Vorsitzender des Städte- und Gemeindetages und Bürgermeister von Teterow. So habe seine Stadt in den vergangenen zwei Jahrzehnten zwar auch rund 2000 Einwohner verloren. Aber heute lebe die große Mehrheit gern dort. Das habe eine Umfrage ergeben. Der Bürgermeister führt das auch auf die Entwicklung der Stadt zurück. Kulturelle Einrichtungen wie ein kleines Theater, zwei Museen, eine Galerie und die Musikschule hauchten der 9000-Einwohner-Stadt Leben ein. Die Unternehmen suchten zum Teil Arbeitskräfte. Inzwischen steige auch die Zahl der Geburten wieder.

**Uwe Kunkel**, Vizepräsident der Vereinigung der Unternehmensverbände M-V, machte auf einen weiteren Aspekt des demografischen Wandels aufmerksam. So sei die Zahl der Lehrstellen im Land zwar konstant geblieben. Aber weil die Geburtenzahl sank, fehle den Betrieben oft qualifizierter Nachwuchs. Dazu komme, dass etwa 15 Prozent der Schulabgänger keinen Abschluss schaffen. Diesen Jugendlichen, die oft aus benachteiligten Familien kommen, müsse eine Chance geboten werden. Er berichtete von dem erfolgreichen Projekt der Sommercamps, in denen alljährlich in den großen Ferien Fünft- und Sechstklässler ausprobieren können, welcher Beruf ihnen liegt. Drei Wochen mit Köchen, Tischlern, Zimmerleuten, mit motivierten Ausbildern und Psychologen. Die Kinder, so Kunkel, seien nach der gemeinsamen Zeit „ganz andere Menschen“.

# Atomkraftnutzung spaltet Landtag

**Aktuelle Stunde mit Kontroverse zu Zwischenlager Lubmin**

■ Der bundesweite Streit um die Nutzung der Atomkraft hat am 17. November im Landtag Mecklenburg-Vorpommern eine Fortsetzung gefunden. Das Thema der Aktuellen Stunde „Interessen des Landes wahren – Atomdeal stoppen – kein Endlager auf dem Gelände der Energiewerke Nord GmbH“ hatte die Linksfraktion beantragt. Hintergrund war unter anderem, dass im Dezember vier Castorbehälter mit hochradioaktiven Abfällen aus Frankreich nach Lubmin gebracht werden sollen. Für 2011 ist ein weiterer Transport geplant. Der Atommüll stammt aus Forschungseinrichtungen des Bundes.



Helmut Holter (DIE LINKE)

Linksfraktionschef **Helmut Holter** forderte, in Lubmin dürften keine radioaktiven Abfälle aus der ganzen Bundesrepublik gelagert werden. Dies sei den Bürgern immer wieder versprochen worden. Doch die Menschen seien „beschwindelt“ worden. Holter zitierte den neuen EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider, der die Proteste gegen die Atompolitik der Bundesregierung unterstützt hatte: „Die Bürger protestieren nicht grundlos.“ Die Bundesregierung dürfe nicht über die Köpfe der Länder hinweg entscheiden, sagte Holter. „Ich möchte schon mitreden können, wenn in meinem Garten etwas vergraben werden soll.“ Er forderte die Landesregierung auf, gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Atomwerken vor Gericht zu ziehen.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** kritisierte die bevorstehenden Castor-Transporte. „Und wir sind erst recht gegen die schleichende Umwandlung Lubmins in ein atomares Endlager“, sagte er. Er erinnerte an Beschlüsse des Landtages, dass in Lubmin nur Abfall gelagert werden soll, der aus den ehemaligen DDR-Kernkraftwerken Greifswald und Rheinsberg stammt.



Ministerpräsident Erwin Sellering

„Mich ärgert, dass die Bundesregierung Atomschrott aus dem Westen in Lubmin einlagern will und dass wir diese Transporte auch noch mit unserer Landespolizei absichern müssen.“ Es sei das gute Recht der Bürger, gegen den für Dezember erwarteten Transport zu demonstrieren. Es müsse dabei aber friedlich zugehen. „Die Polizisten sind nicht die Gegner der Demonstranten, sondern sie tun ihre Pflicht“, betonte der Regierungschef. Die Probleme mit Lubmin zeigten seiner Meinung nach, dass die Atomenergie keine Zukunftstechnologie ist. „Die Zukunft muss den erneuerbaren Energien gehören“, so Sellering.

Der CDU-Abgeordnete **Dr. Ulrich Born** warf der Linken vor, sie verdrehe Tatsachen. Die Zwischenlagerung in Lubmin sei nicht Ergebnis eines „Deals“ oder einer „Mauschelei“, sondern sei 1998 und 1999 genehmigt worden. Die Transporte seien von den früheren rot-grünen und schwarz-roten Bundesregierungen nach geltendem Recht beschlossen worden. Das Zwischenlager Nord könne kein Endlager werden, weil dort alle Voraussetzungen dafür fehlten. Die Linke behauptete wider besseren



Dr. Ulrich Born (CDU)

Wissens das Gegenteil. „Das ist politische Strahlenvergiftung“, sagte Born. Es sei unverantwortlich, die Bevölkerung so zu verunsichern und unbegründete Angst zu schüren. Jetzt müsse die Frage nach einem Endlager gestellt und beantwortet werden. Das tue die derzeitige Bundesregierung.



Sigrun Reese (FDP)

Auch **Sigrun Reese** von der FDP kritisierte Sellering's Warnung vor einer schleichenden Umwandlung Lubmins in ein Endlager: „Dass Sie auf diesen Zug aufspringen, finde ich sehr bedauerlich.“ Die Abgeordnete wies zugleich Äußerungen zurück, die westlichen Bundesländer verletzen die Ländersolidarität. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bezahlten für den Rückbau des Forschungszentrums Karlsruhe und des Versuchsreaktors Jülich bei Aachen. Dagegen beteilige sich weder Mecklenburg-Vorpommern noch Brandenburg an den Entsorgungskosten für die ehemaligen Kernkraftwerke auf ihrem Gebiet.



Dr. Gottfried Timm (SPD)

Der Atom­müll aus der DDR-Forschungs­anlage Dresden-Rossendorf lagere derzeit im westfälischen Ahaus.

**Dr. Gottfried Timm** (SPD) sieht das eigentliche Dilemma darin, dass der Atom­konsens von der schwarz-gelben Bundes­regierung aufgekündigt und längere Laufzeiten von Kernkraftwerken ermöglicht wurden. Wenn der Konsens weiter bestehen würde, sagte er, „dann hätten wir die Proteste nicht“. Es sei die deutsche Mittelschicht, die die Aufkündigung nicht mittragen will. Das hätten auch die Proteste in Gorleben gezeigt. Zudem sei die Endlager-Problematik völlig verfahren. Während die Bundes­regierung weiter auf Gorleben setze, seien inzwischen auch Stimmen von CDU-Politikern laut geworden, die Standorte deutschlandweit prüfen wollen. Der Präsident des Strahlenschutzamtes denke dabei „besonders an den Norden“. Mit seiner Fraktion werde es ein Endlager Lubmin nicht geben.

Der Bund bestimme, wo welcher Atom­müll gelagert wird, sagte NPD-Fraktions­chef **Udo Pastörs**. Auch die Verpflichtung zur



Udo Pastörs (NPD)

Abnahme der Castoren aus Frankreich sei völkerrechtlich geregelt. Die Einflussmöglichkeiten des Landes sind seinen Worten nach von vornherein beschränkt. Die Linke wolle nun „heuchlerisch“ Stimmung machen, Ängste schüren und auf den Protestzug aufspringen. Seiner Auffassung nach ist die Atom­technologie Bestandteil des Teufelskreises der kapitalistischen Wachstums­ideologie, die Gewinnmaximierung zum obersten Prinzip habe. Die „Kernspalterei“ sei Teufelswerk, aber nun mal in der Welt. Nun müssten Hochtechnologien eingesetzt werden, um mit den Abfällen fertig zu werden.

Der frühere Umweltminister **Prof. Dr. Wolfgang Methling** (DIE LINKE) erklärte, es bestehe die Gefahr der dauerhaften Zwischenlagerung von Atom­müll in Lubmin. Als zu Beginn der neunziger Jahre das Kernkraftwerk in der Nähe von Lubmin abgeschaltet wurde, sei auch die Frage aufgetaucht, wohin mit dem Müll. Es habe aber parteiübergreifend Konsens geherrscht, dass im Zwischenlager Nord nur radioaktive Abfälle aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg deponiert



Prof. Dr. Wolfgang Methling (DIE LINKE)

werden sollten. Es sei verantwortungsvolles Handeln, die „eigenen Abfälle nicht anderen aufzuhalsen“. Dazu stehe er noch immer. Aber zu einem Endlager dürfe das Zwischenlager Nord nicht werden. Obwohl es faktisch ein Endlager sei, „so lange es kein wirkliches gibt“, sagte der Politiker.

### Präsidentiale Unterschrift

Am 8. Dezember hat Bundespräsident Christian Wulff das umstrittene schwarz-gelbe Gesetzespaket mit längeren Atomlaufzeiten unterschrieben. Die Gesetze – darunter auch die neue Atomsteuer und der Milliardenfonds zum Ausbau der Öko-Energien – treten mit der Verkündung im Bundesgesetzblatt in Kraft. Mehrere SPD-regierte Länder wollen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Verlängerung der Laufzeiten für die 17 deutschen Atommeiler klagen. Sie beanstanden, dass die Bundesregierung die längeren Laufzeiten ohne Zustimmung des Bundesrates beschlossen hat, in dem Schwarz-Gelb keine Mehrheit mehr hat.

### Zwischenlager Nord

Das Zwischenlager Nord (ZLN) liegt im Landkreis Ostvorpommern, direkt angrenzend an das Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks Lubmin bei Greifswald. Die Einlagerung von hoch-

radioaktivem Atom­müll aus den Kernkraftwerken Greifswald-Lubmin und Rheinsberg (Brandenburg) wurde Ende 1999 begonnen und Mitte 2006 beendet. Im Mai 2010 genehmigte das Bundesamt für Strahlenschutz auch die Einlagerung von radioaktivem Abfall

aus den alten Bundesländern. Ebenfalls genehmigt wurde der Transport von vier Castorbehältern aus dem Kernforschungszentrum Cadarache in Frankreich. Beide Genehmigungen sind bis zum 31. Dezember 2010 befristet.

## EU-Förderung für MV

**Landtag fordert Übergangsregelung für Wegfall der Höchstförderung**



■ **Landtag und Landesregierung gehen davon aus, dass Mecklenburg-Vorpommern nach 2013 von der EU weniger Förderung bekommt. Hintergrund ist ein neuer Bericht der EU-Kommission zur sogenannten Kohäsion – der wirtschaftlichen und sozialen Angleichung innerhalb der Union. Demnach sollen die Gelder künftig auf wenige Wachstumsziele konzentriert werden.**

Europaausschuss-Vorsitzender **Detlef Müller** sagte am 17. November in der Landtagsdebatte zur europäischen Strukturpolitik, Mecklenburg-Vorpommern falle aus der Höchstförderung heraus, weil neue EU-Mitglieder wie Rumänien und Bulgarien dringender Hilfe benötigten. So werde der Zusammenhalt in der Europäischen Union gefördert. Es gebe aber einen weiteren Grund: „Wir haben aufgeholt“, sagte der SPD-Abgeordnete. Die Förderung Mecklenburg-Vorpommerns sei erfolgreich gewesen. In der aktuellen Förderperiode (2007 bis 2013) habe das Land rund 2,65 Milliarden Euro erhalten. „Das sind keine Peanuts“, betonte er. Dennoch sei eine angemessene Übergangsregelung nötig, wie sie auch der Europa- und Rechtsausschuss empfiehlt.

Die Förderung darf nach den Worten von Ministerpräsident **Erwin Sellering** nicht abrupt wegbrechen. Denn das Land habe noch immer nicht den Anschluss an den EU-Durchschnitt gefunden. Bund und ostdeutsche Länder wollten sich in Brüssel gemeinsam für Übergangsregelungen einsetzen. Er betonte, das Land müsse auch künftig gleichmäßig gefördert werden.

**Barbara Borchardt** (DIE LINKE) betonte, dass Mecklenburg-Vorpommern bislang immer von der EU-Förderung profitiert habe. Nun sei abzusehen, dass das Land ab 2013 nicht mehr die Höchstförderung bekommt. Einerseits sei das Parlament dem europäischen Solidaritätsgedanken verpflichtet, andererseits müsse es aber auch das bestmögliche an Fördergeldern für das Land erstreiten, um Entwicklungsrückstände aufzuholen. Es gebe noch viele offene Fragen, die weiter im Europaausschuss beraten werden müssten. Dem stimmte auch der CDU-Abgeordnete **Dr. Ulrich Born** zu. Auch er forderte „eine vernünftige Übergangslösung“, um die positive Entwicklung des Landes nicht zu gefährden.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** verwies auf Defizite und Risiken in der EU, wie sie sich in der Haushaltspolitik

von Griechenland und Irland zeige. Der deutsche Steuerzahler überweise mehr Geld nach Brüssel als er zurückbekomme. Deutschland könne es ja den Griechen nachmachen und bei einem Staatsbankrott einfach die Solidarität der anderen EU-Länder einfordern, sagte er.

Seine Fraktion stimme dem Bericht des Europa-Ausschusses ausdrücklich zu, sagte **Gino Leonhard** (FDP). Zudem müssten nun neue Förderschwerpunkte gesetzt werden. Der Fokus muss seiner Ansicht nach auf zukunftsweisende Bereiche vor allem in kleineren und mittleren Unternehmen und auf den ersten Arbeitsmarkt gelenkt werden.

**Birgit Schwebs** (DIE LINKE) geht ebenfalls davon aus, dass Mecklenburg-Vorpommern ab 2014 weniger Geld zur Verfügung haben wird. Die Kürzungen betreffen nicht nur den Struktur-, sondern auch den Landwirtschaftsfonds. Auch sie forderte eine Diskussion über die Schwerpunktsetzung der Förderpolitik. Wenn in den kommenden Jahren öffentliche Ausgaben und Investitionen gekürzt würden, dann müssten auch Zukunftsbereiche wie Forschung, Energie und Bildung darunter leiden.

Die EU gibt zwischen 2007 und 2013 knapp 350 Milliarden Euro für Kohäsion aus. Mit einem Anteil von rund 44 Prozent am EU-Haushalt ist diese Politik inzwischen der größte EU-Ausgabenblock noch vor der Landwirtschaft geworden.

*Unterrichtung durch die Landesregierung:*

[Drucksache 5/3240](#)

*Bericht des Europa- und Rechtsausschusses:*

[Drucksache 5/3905](#)

### EU-Köhäsionsbericht

Rund ein Drittel des EU-Haushaltes fließt jährlich in die Kohäsionspolitik, d.h. in die Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in Europa. Für Mecklenburg-Vorpommern sind dies zwischen 2007 und 2013 insgesamt 2.645 Mio. Euro. Regelmäßig berichtet die EU über die Fortschritte in diesen Bereichen. Der 5. Kohäsionsbericht wurde am 10. November 2010 veröffentlicht. Er analysiert die regionalen Unterschiede und informiert über den Beitrag der EU, der nationalen und regionalen Regierungen zur Kohäsion, über die Auswirkungen der Kohäsionspolitik und über die Kohäsionspolitik nach 2013. Mit dem Bericht wurde die „heiße Phase“ der Beratung über die Zukunft dieser europäischen Förderpolitik ab dem Jahre 2014 eröffnet. Um die künftige Strategie mitzugestalten, können bis zum 31. Januar 2011 EU-Mitgliedsstaaten, Regionen, Städte, EU-Institutionen, Zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Einzelpersonen hierzu Beiträge einreichen.

### EU-Förderung für MV

Mecklenburg-Vorpommern erhält in der Förderperiode 2007 bis 2013 im Rahmen des Ziels Konvergenz insgesamt 1.669 Mio. Euro an Strukturfondsmitteln (EU-Förderprogramme EFRE und ESF). Im Rahmen der Förderung des ländlichen Raums durch den ELER erhält das Land weitere 975 Mio. Euro. Mecklenburg-Vorpommern stehen damit in der laufenden Förderperiode insgesamt 2.645 Mio. Euro zur Verfügung. Darüber hinaus erhält das Land im Zuge der Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit (INTERREG A) weitere 57,5 Mio. Euro. Mecklenburg-Vorpommern partizipiert weiterhin an den Fördermitteln für transnationale und interregionale Zusammenarbeit (INTERREG B und C), die allerdings im Rahmen größerer Kooperationsräume projektbezogen vergeben werden.

*Quelle: Unterrichtung durch die Landesregierung zur EU-Köhäsionspolitik, Drucksache 5/3240*

## B 96n auf Rügen

**FDP-Antrag zum schnellen Baubeginn abgelehnt**

■ Die FDP-Fraktion will den Ausbau der Bundesstraße 96 auf der Insel Rügen beschleunigen. In einem Antrag am 18. November haben die Liberalen die Landesregierung aufgefordert, sofort den Baubeginn zu veranlassen. Rechtlich sei dies möglich, da die Kläger keinen einstweiligen Rechtsschutz beantragt hätten, erklärte der FDP-Abgeordnete Gino Leonhard. Für die Wirtschaft und den Tourismus auf Rügen und im ganzen Land sei die seit 1996 geplante Straße dringend notwendig. Er forderte den Verkehrsminister auf, mit einem Spatenstich ein symbolisches Zeichen zu setzen.

Nach Angaben von Verkehrsminister Volker Schlotmann verzögert sich der Neubau der Bundesstraße 96 wegen fehlender Geldmittel und einer Klage von Umweltschützern. Die Mittel für die B 96n habe das Bundesverkehrsministerium erst teilweise, die für den Bau der Ortsumgehung Anklam noch gar nicht freigegeben. „Wir könnten sofort mit dem Bau loslegen“, sagte der Minister. Er habe sich immer wieder für die Freigabe der Mittel eingesetzt, es gebe aber keine positiven Signale aus Berlin. Zudem hätten Umweltverbände eine Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Jetzt wolle er die Stellungnahme des Gerichts in Leipzig abwarten.

Ein „goldener Spatenstich“, dem keine Taten folgen, nützt nach Ansicht des SPD-Abgeordneten Jochen Schulte niemandem. „Dass die B 96n wichtiger Bestandteil der touristischen Entwicklung im Land ist, ist ganz klar“, sagte er. Der Minister habe bereits deutlich gemacht, dass er alles unternehme, um das Vorhaben umzusetzen. Der Antrag der FDP ist seinen Worten nach überflüssig.

Birgit Schwabs (DIE LINKE) betrachtet die Forderung „als populistische Stimmungsmache“. Sie gieße nur Öl ins Feuer. Der Minister solle stattdessen lieber auf die Gegner des Straßenbauprojekts

zugehen. „Wir sollten froh sein, dass es nicht nur Lobbyverbände der Industrie oder des Tourismus gibt, sondern auch die anerkannten Naturschutzverbände“, betonte die Abgeordnete. Das Projekt könne nur mit den Menschen und nicht gegen sie durchgesetzt werden.

Der Rügener CDU-Abgeordnete Udo Timm äußerte sein Unverständnis über die Haltung des Verkehrsministers und forderte in einem „Stoßgebet“, dass Nikolaus oder der Weihnachtsmann den Baubeginn bringen möge. Manchen Kritikern warf er vor, den Artenschutz nur vorzuschieben, um ein ungeliebtes Projekt zu verhindern. Dabei würden lange Staus im Sommer die Natur umso mehr gefährden.

Nach Auffassung von FDP-Fraktionschef Michael Rooff müsse das Urteil des Ge-

richts in Leipzig abgewartet werden. Unabhängig davon sei aber ein Signal aus dem Landtag für die Umsetzung des Projekts wichtig. Er wolle sich zudem beim FDP-Staatssekretär im Bundesfinanzministerium für die Finanzierung des Projekts einsetzen. Der Antrag der FDP fand keine Mehrheit.

Die B 96n in Mecklenburg-Vorpommern ist Teilstück der B 96. Diese führt im Bundesland jetzt von Neustrelitz mit einer Unterbrechung durch die A 20 über die 2007 fertiggestellte Rügenbrücke bis nach Sassnitz. Im Dezember 2005 wurde das Planfeststellungsverfahren für die Weiterführung der Bundesstraße nach Bergen, die dreispurig ausgebaut werden soll, eingeleitet.

*Drucksache 5/3835*

## Neuer Landesdatenschützer



v.l. Reinhard Dankert, Sylvia Bretschneider, Bundesbeauftragter für den Datenschutz Peter Schaar, Karsten Neumann

Am 1. Dezember führte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider im Rahmen einer Feierstunde Reinhard Dankert als neuen Landes-Datenschutzbeauftragten in sein Amt ein. Am Vortag hatte Dankert, der seit 1994 für die SPD im Landtag sitzt und mehr als zehn Jahre deren Parlamentarischer Geschäftsführer war, sein Landtagsmandat niedergelegt. Sylvia Bretschneider wünschte Dankert in seinem neuen Amt viel Erfolg und eine „wie schon bei den Amtsvorgängern ebenso glückliche Hand bei der Verteidigung des Rechts auf infor-

mationelle Selbstbestimmung und der Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes“. Dankert war am 13. Oktober vom Landtag zum Datenschutzbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern gewählt worden. Er löst Karsten Neumann ab, dessen sechsjährige Amtszeit turnusgemäß im Dezember auslief. Sylvia Bretschneider dankte Neumann für seinen „unermüdlichen Einsatz zum Schutz der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger und für die fortgesetzte Etablierung des Datenschutzes in unserem Land“.

Foto: Landtagsverwaltung

# Landtag warnt vor „Vermaisung“

Gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft diskutiert

■ Die sogenannte gute fachliche Praxis der landwirtschaftlichen Bodennutzung war am 18. November Gegenstand einer Debatte im Landtag. Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU forderten die Landesregierung mit einem Antrag auf, zu prüfen, ob aktuelle Grundsätze noch mit den Umweltzielen des Landes übereinstimmen. Bei der guten fachlichen Praxis geht es unter anderem um die Einhaltung von Fruchtfolgen, um die Bodenfruchtbarkeit zu sichern. Angesichts riesiger Maisfelder für die Biogaserzeugung und umfangreichen Rapsanbaus bezweifeln Experten, dass die Fruchtfolgen im Nordosten genügend eingehalten werden.

„Wir brauchen den Rat von Fachleuten, um Fehlentwicklungen im Land auszuschließen“, begründete **Ute Schildt** (SPD) den Antrag.

Vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit und Umweltschutz sieht Agrarminister **Dr. Till Backhaus** den zunehmenden Maisanbau im Land mit Sorge. Auf bereits 13 Prozent (132.000 Hektar) der landwirtschaftlichen Nutzfläche werde diese Pflanze angebaut, erklärte er. Zu DDR-Zeiten sei mit 140.000 Hektar zwar noch deutlich mehr Mais angebaut worden, doch gebe es heute in einigen Regionen bedenkliche Konzentrationen. Acht Prozent der Betriebe seien in den vergangenen drei Jahren wegen Verstößen gegen Natur- und Bodenschutz auffällig geworden. Er werde Betriebe, deren Fruchtfolge zu 75 Prozent aus Mais bestehe, „aufs Korn nehmen“, sagte der Minister. Er kündigte einen „Runden Tisch“ mit dem Bauernverband an.

Auch **Prof. Dr. Fritz Tack**, Agrarexperte der Linken, warnte vor einer „Vermaisung“ des Landes. Folgen seien die Vermehrung von Schädlingen wie dem Maiszünzler und eine Schädigung des Humus. Vor allem im Umfeld „übergro-



Foto: Jens Büttner

Auf 13 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern wird Mais angebaut.

ßer Biogasanlagen“ müsse die Artenvielfalt geschützt werden. Der Abgeordnete schlug vor, stattdessen mehr „Energierüben“ anzubauen. „Die Rübe gehört nach Mecklenburg-Vorpommern“, erklärte er.

Die CDU-Abgeordnete **Beate Schlupp** sieht die Ursache des zunehmenden Maisanbaus im Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien. Die Preise für Mais und auch für Agrarflächen stiegen, weil die Biogasanlagen die Rohstoffe benötigten. Sie forderte, die Nutzung der Gülle zu fördern und dafür das Gesetz zu ändern. Die Parlamentarierin lehnte es ab, den Landwirten über die Naturschutzvorschriften von Bund und EU hinaus Auflagen zu machen.

**Sigrun Reese** von der FDP äußerte sich ähnlich. „Ein Draufsatteln auf EU-weit geltende Regeln lehnt die FDP ab.“ Sie fügte hinzu, dass der Anteil des Maisanbaus in Mecklenburg-Vorpommern noch wesentlich unterhalb des Bundesdurchschnitts von 20 Prozent liege. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein wachse auf 26 bis 28 Prozent der Agrarfläche Mais. Auch die 260 Biogasanlagen in Mecklenburg-Vorpommern bräuchten Rohstoffe.

Gute fachliche Praxis sei alles, was dem Boden diene, sagte NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs**. Sie werde aber konterkariert durch eine falsche Zielsetzung

der Europäischen Union, die aus Bauern „Energiewirte“ machen wolle. Landwirte seien aber keine „Agrarindustriellen“, sagte er.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit zur Beratung an den Agrarausschuss überwiesen.

[Drucksache 5/3881](#)

## Gegen Bodenspekulation

Ein Antrag der Linksfraktion zum Thema Bodenspekulation wurde am 18. November mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP abgelehnt.

DIE LINKE kritisierte die Verkaufspolitik der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG). Sie hatte die Landesregierung aufgefordert, bei der Bundesregierung auf einen Stopp der öffentlichen Ausschreibungen von Flächen hinzuwirken. Aufgrund der hohen Preise werde der Erwerb des Bodens durch einheimische Landwirte, die den Kaufpreis aus Erlösen finanzieren müssen, nahezu unmöglich. Dagegen steige das Kaufinteresse von Investoren außerhalb der Landwirtschaft, für die der Flächenerwerb eine spekulative Geldanlage mit hohen Renditeerwartungen darstelle.

[Drucksache 5/3893](#)



Foto: Jens Büttner

**Ute Schildt** (SPD) sprach sich dafür aus, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dazu gehöre auch, Menschen, die den Beitrag nicht aufbringen können, von der Zuzahlung zu befreien. Allerdings müsse die Finanzierung des öffentlich rechtlichen Rundfunks in Einklang mit der Rechtsprechung stehen.

**Michael Andrejewski** (NPD) sprach von neuen „Abzockplänen“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er warte nur noch auf eine „Vergnügungssteuer für Besucher des Landtages“. Eventuell werde die Gebührenerhöhung noch zurückgenommen, wenn der Protest nur laut genug ist. „Aber im Moment denke ich, sie müssen zahlen“, sagte er.

**Andreas Blum** (DIE LINKE) nannte weitere Kritikpunkte, die noch zu überprüfen seien, ehe die Ministerpräsidenten die Änderungen am 15. Dezember beschließen. So werde die Gebühreneinzugszentrale in eine „Super-Melde-Behörde“ umgewandelt. Er verwies auch auf Bedenken von Datenschutzbeauftragten der Länder und des Bundes, die Verstöße beim Umgang mit persönlichen Daten befürchten. Nach der Runde der Ministerpräsidenten stimmen die Landtage über den Vertrag ab.

*Drucksache 5/3891*

### Konzept für Ältere mit Behinderung

Einen Antrag der FDP-Fraktion zum Thema Menschen mit Behinderungen hat der Landtag am 18. November abgelehnt. Die Liberalen hatten die Landesregierung aufgefordert, die Arbeit an einem Konzept für ältere Menschen mit Behinderungen in Mecklenburg-Vorpommern im Landesarbeitskreis Behindertenfragen fortzusetzen und dem Landtag bis zum Februar 2011 ein Ergebnis vorzulegen. Sozialministerin Manuela Schwesig nannte den Antrag unnötig, da dieses Thema längst durch den Sozialausschuss und das zuständige Ministerium bearbeitet werde. Im Juli 2010 habe das Ministerium im Sozialausschuss über den Sachstand berichtet. Außerdem gebe es auch jederzeit die Möglichkeit, im Integrationsförrat Probleme älterer Menschen mit Behinderung zu thematisieren.

*Drucksache 5/3878*

## Rundfunkgebühren

### Beibehaltung der Befreiung für Menschen mit Behinderungen abgelehnt

■ Die Linksfraktion kritisiert den Plan, künftig Rundfunkgebühren von Menschen mit Behinderungen zu verlangen. Sie forderte auf der Sitzung am 17. November die Landesregierung auf, sich für die Beibehaltung der Befreiungsregelung einzusetzen. Dem geplanten 15. Rundfunkänderungs-Staatsvertrag zufolge sollen Gehörlose und Blinde ein Drittel der Gesamtgebühr zahlen.

Die Linke-Abgeordnete **Irene Müller** sagte, der bislang gewährte Nachteilsausgleich für Behinderte könne nicht einfach vom Tisch gewischt werden. Dabei gehe es nicht um die Frage, ob die Betroffenen die rund sechs Euro aufbringen könnten. Dies sei eine prinzipielle Frage. DIE LINKE scheiterte aber mit ihrem Antrag, eine Schlechterstellung Behinderter zu verhindern. Das Vorhaben geht auf Urteile des Bundessozialgerichts zurück. Die Richter sahen in der bisherigen Gebührenbefreiung eine Benachteiligung anderer Nutzer.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** verteidigte die geplante Umstellung der Rundfunkgebühr. Sie stelle die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks langfristig auf eine solide Basis, sagte er. Die Gebührenbefreiung für Behinderte könne es nicht weiter geben, da die vorliegenden Urteile kaum Spielraum ließen. Er wies darauf hin, dass die Rundfunkgebühr für Behinderte nach jetziger Lage 5,99 Euro im Monat betragen werde. Dabei solle sich für sozial Schwache nichts ändern. Es müssten nur diejenigen Rundfunkgebühren zahlen, die dazu finanziell auch in der Lage sind.

Die CDU sieht nach Worten ihres Abgeordneten **Dr. Armin Jäger** Diskussionsbedarf auch bei weiteren Punkten. So sollte für eine beruflich bedingte Nebenwohnung keine zweite Gebühr erhoben werden, forderte er. Problematisch sei auch die geplante Einführung von Gebühren für einzelne Firmenfahrzeuge. Das würde den Mittelstand in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern stark belasten, meinte Jäger. Auch die Berechnung nach Zahl der Mitarbeiter sei ungünstig. Die neue Gebühr soll nicht mehr pro Gerät, sondern pro Haushalt erhoben werden.

Seine Fraktion werde einer Überweisung des Antrages in den Innenausschuss zustimmen, sagte FDP-Fraktionschef **Michael Rooff**. Das Thema sei so wichtig, dass es diskutiert werden müsse.

# Weitere Beschlüsse des Landtages



Foto: Cornelius Kettler

## Tierschutz

■ Mit der Zustimmung zu einem Antrag der SPD/CDU-Koalition setzt sich der Landtag für artgerechte Tierhaltung ein und verurteilt alle Fälle, in denen gegen Tierschutzvorgaben verstoßen wird und Tiere unter nicht artgerechten Bedingungen gehalten werden. Zugleich wendet sich das Parlament aber auch gegen jegliche Versuche, Verstöße gegen Tierschutzaufgaben zu einer pauschalen Verunglimpfung eines ganzen Berufsstandes zu missbrauchen, und verurteilt insbesondere, dass Investoren, Bürgermeister und Genehmigungsbehörden zunehmend bedroht bzw. angegriffen werden. „Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Angriffe auf Gebäude des Bürgermeisters in Alt Tellin muss sich der Landtag entschieden gegen diese Maßnahmen unter dem Deckmantel des Tierschutzes aussprechen“, heißt es in der Antragsbegründung. Mit seinem Beschluss erteilt der Landtag jeglicher Form von Gewalt in Wort, Bild, Schrift und Tat im Zusammenhang mit Genehmigungen von Tierhaltungsanlagen eine klare Absage.

Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden sollte, bis Ende März 2011 ein Tierheimkonzept zu erarbeiten, fand keine Mehrheit.

[Drucksachen 5/3884 und 5/3885](#)

## Bekanntnis zur Bundeswehr

■ Die FDP-Fraktion hat auf der Landtagsitzung am 17. November ein Bekenntnis der Abgeordneten zur Bundeswehr gefordert. Parlament und Landesregierung sollten sich zudem für den Erhalt der Standorte in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Hintergrund ist die geplante Umstrukturierung der Armee. Die Einflussmöglichkeiten einer Landesregierung auf die Bundeswehrreform seien gering, hieß es von Seiten der ebenfalls oppositionellen Linken, die von „Augenwischerei“ sprach. Redner von SPD und Regierung betonten, dass sie eindeutig zur Bundeswehr stünden. In Berlin liefen vertrauliche Gespräche über den Erhalt von Standorten im Land. Der FDP-Antrag wurde abgelehnt.

[Drucksache 5/3877](#)

## Abfallentsorgung in Binnenschifffahrt

■ Der Landtag hat am 17. November per Gesetz dem sogenannten Bilgenentwässerungsverband-Staatsvertrag über die Entsorgung öl- und fetthaltiger Schiffsbetriebsabfälle in der Rhein- und Binnenschifffahrt zugestimmt. Ein entsprechendes Übereinkommen, das die Vertragsstaaten 1996 getroffen hatten, war nach der Ratifizierung durch alle Vertragspartner am 1. November 2009 in Kraft getreten. Da die Bilgenölentsorgung in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt, war die Zustimmung der Länder zum Staatsvertrag erforderlich. Für Mecklenburg-Vorpommern hat der Ministerpräsident den Staatsvertrag im März 2008 unterzeichnet. Artikel 47 Absatz 2 der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommerns fordert in solchen Fällen die Zustimmung des Landtages in Form eines Gesetzes. Der Wirtschaftsausschuss hatte dem Landtag die unveränderte Annahme des Staatsvertrages empfohlen.

[Drucksachen 5/3899 und 5/3783](#)

## Kommunalverfassung

■ Der Landtag lehnte am 17. November einen Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur Änderung der Kommunalverfassung ab. Die Liberalen wollten mit der Novellierung die Rechte der Privatwirtschaft gegenüber kommunalen Unternehmen stärken. Der rechtliche Rahmen sollte nach dem Willen der FDP so geändert werden, dass es ein „chancengleiches Nebeneinander von privater und kommunaler Wirtschaft gibt“. So sollten Nachteile der privaten Unternehmer wie höheres Insolvenzrisiko und schlechterer Zugang zu bestimmten Informationen ausgeglichen werden. Der Gesetzentwurf, der im September in den Landtag eingebracht wurde, fand auch in der zweiten Lesung keine Mehrheit.

[Drucksache 5/3729](#)

## Landesdatenschutzgesetz

■ Die NPD-Fraktion scheiterte am 17. November im Landtag mit ihrem Vorhaben, das Landesdatenschutzgesetz zu ändern. Der Gesetzentwurf sah vor, die Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz sicherzustellen. Er unterliege bei der Überwachung nichtöffentlicher Stellen der Rechtsaufsicht der Landesregierung. Das hatte bereits der Gerichtshof der Europäischen Union kritisiert. Mit der europäischen Rechtsprechung hatte die NPD die geplante Novellierung begründet. Alle anderen Fraktionen lehnten den Entwurf nun auch in der zweiten Lesung ab. Das Land habe das Problem bereits erkannt und arbeite an einer Lösung, hieß es zur Begründung. Des Antrages der NPD bedürfe es dazu nicht.

[Drucksache 5/3665](#)

# Mehr Frauen in Führungspositionen

Landtag will Zahl der Frauen in Aufsichtsräten erhöhen

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern will den Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöhen. Die Landesregierung soll bei der Besetzung von Aufsichtsräten in landeseigenen Unternehmen Frauen den Vorrang einräumen, forderte das Parlament auf der Sitzung am 17. November mit den Stimmen von SPD und CDU. Voraussetzung dafür müsse sein, dass bislang sehr viel weniger Frauen in dem jeweiligen Gremium vertreten sind als Männer und dass sie die entsprechenden fachlichen Voraussetzungen mitbringen. Der Landtag stimmte mehrheitlich einem entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und CDU zu. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Jochen Schulte, SPD:

## „Frauenanteil in den Führungszirkeln der Unternehmen stagniert“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mitte September dieses Jahres formulierte die EU-Kommissarin Viviane Reding eine Position, die von manch einem in der sogenannten Deutschland AG möglicherweise als [...] Drohung aufgefasst worden sein mag. Frau Reding forderte namens der EU-Kommission die Unternehmen der Europäischen Union ultimativ auf, deutlich mehr für die Gleichstellung von Frauen in Toppositionen zu tun [...]. Als die Zielgröße wurde von ihr [...] ein Frauenanteil von 30 Prozent in Aufsichtsräten genannt, der bis 2015 erreicht und bis 2020 auf immerhin 40 Prozent erhöht werden soll.

Damit wurde jetzt auch durch die Kommission ein Thema aufgegriffen, das schon seit über zehn Jahren in Deutschland, aber auch in anderen Ländern im-

mer wieder [...] behandelt wurde. So wurde bereits im Jahre 2001 die Vereinbarung zwischen der damaligen Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft geschlossen. Ausdrückliches Ziel dieser Vereinbarung war auch die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen.

Heute, 2010, und damit neun Jahre nach dieser Vereinbarung, hat sich die Situation [...] in keiner Weise grundsätzlich geändert. Obwohl zwischenzeitlich in einer Vielzahl von internationalen Studien festgestellt wurde, dass gemischte Führungsteams den wirtschaftlichen Erfolg befördern und dieses Thema somit nicht nur ein gleichstellungspolitisches, sondern ein zutiefst wirtschaftspolitisches Thema ist,

hat diese Erkenntnis offenbar nicht dazu geführt, dass mehr Frauen in die höchsten Führungsgremien gelangt sind.

Trotz erheblicher Medienpräsenz des Themas [...] hat sich an den Zahlen und der Situation insgesamt nicht viel geändert. [...] Nach wie vor stagniert [...] der Frauenanteil in den Führungszirkeln der Unternehmen, nach wie vor werden nur sehr wenige Frauen in die Aufsichtsräte entsandt. Und wenn es geschieht, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann in überwiegenden Fällen von der Arbeitnehmerseite.

Meine Damen und Herren, der mit der Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Wirtschaft 2001 verbundene Anspruch kann heute im Ergebnis als gescheitert angesehen werden. Und das [...] ist insbesondere auch aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten bedauerlich.

Nun gibt es, meine Damen und Herren, trotz aller durchaus ernst zu nehmenden Anstrengungen einzelner Unternehmen immer wieder Stimmen, die die Forderung nach einer Erhöhung des Frauenanteils in der Führung von Unternehmen als gewaltigen politischen Populismus abtun wollen, so zum Beispiel kürzlich der Aufsichtsratschef der Commerzbank Klaus-Peter Müller, einer Bank also, die [...] ihr wirtschaftliches Überleben letztendlich

der Leistung einer Vielzahl von Steuerzahlern, aber eben auch Steuerzahlerinnen zu verdanken hat, und nicht der Befähigung ihrer Führungskräfte. [...] Zitat: „Genau dieselben Politiker, die Unternehmen beim Thema Frauen im Aufsichtsrat zu äußerster Eile treiben, sind nämlich im eigenen Einflussbereich oft äußerst zurückhaltend.“

Solche Äußerungen [...] sind natürlich nicht geeignet, die eigenen Defizite dieser Unternehmen durch politisches Aufrechnen zu beseitigen. Der Vorwurf ist aber [...] als solcher durchaus im Kern zutreffend. Und [...] um solchen Vorhaltungen selbstbewusst entgegentreten zu können,

aber vor allem, um die bestehende Situation [...] im Interesse der Unternehmen und ihrer weiteren Entwicklung gezielt zu verbessern, haben wir Ihnen den heutigen Antrag vorgelegt.

Meine Damen und Herren, was für private Wirtschaftunternehmen gelten soll, muss natürlich auch für die eigenen Landesbeteiligungen gelten. Und [...] wer Landesbeteiligung sagt, sollte [...] auch bereit sein, in einem weiteren Schritt über die wirtschaftlichen Beteiligungen der Gebietskörperschaften in diesem Land und die Verbesserung des Frauenanteils in den dortigen Aufsichtsräten nachzudenken [...] Ich denke, ein solcher Schritt bietet sich [...]

im Rahmen der anstehenden Neuordnung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen und Gebietskörperschaften innerhalb der Kommunalverfassung an.

Meine Damen und Herren, wer von anderen ein Handeln erwartet und einfordert, sollte sich nicht die Blöße geben und die eigenen Ansprüche bei sich selber außer Acht lassen. Dieser Antrag [...] stützt [...] im Ergebnis [...] die Glaubwürdigkeit aller Beteiligten und die Glaubhaftigkeit der dort vorgebrachten Position. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte daher um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. – Vielen Dank.“

**Frauenanteil an Führungskräften**  
in der Privatwirtschaft  
in den EU-Mitgliedsstaaten

	Frauen	Männer
EU - 27	32,5 %	67,5 %
1 Frankreich	40,0	60,0
2 Lettland	35,3	64,7
3 Spanien	35,1	64,9
4 Italien	34,7	65,3
5 Polen	34,7	65,3
6 Estland	34,0	66,0
7 Großbritannien	33,4	66,6
8 Litauen	31,8	68,2
9 Portugal	31,7	68,3
10 Bulgarien	31,4	68,6
<b>11 Deutschland</b>	<b>30,8</b>	<b>69,2</b>
12 Österreich	30,5	69,5
13 Slowakei	30,5	69,5
14 Luxemburg	29,6	70,4
15 Niederlande	29,3	70,7
16 Belgien	29,2	70,8
17 Ungarn	28,6	71,4
18 Griechenland	28,5	71,5
19 Tschechien	26,9	73,1
20 Rumänien	26,7	73,3
21 Schweden	26,0	74,0
22 Slowenien	25,2	74,8
23 Dänemark	24,0	76,0
24 Finnland	21,6	78,4
25 Irland	19,0	80,8
26 Malta	16,0	84,0
27 Zypern	8,2	91,8

Quelle: Barrieren und Brücken – Frauen in Führungspositionen  
Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010

**Frauen in Mandaten**  
in den Landesparlamenten 2008

Frauenanteil in %  
 unter 27  
 27 bis unter 30  
 30 bis unter 33  
 33 bis unter 36  
 36 und mehr  
 Durchschnitt: 32%



Quelle: Atlas zur Gleichstellung von Männern und Frauen in Deutschland, herausgegeben vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2009

Peter Ritter, DIE LINKE:

## „Wir haben schon 2009 einen Antrag zum diesem Thema gestellt“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, als ich Ihren Antrag gelesen habe, habe ich mich schon gefragt, was Sie mit diesem Antrag bezwecken wollen. [...]

Sie stellen im Landtag einen Antrag zu einem Thema, das wir aktuell im Ausschuss zu einer ähnlichen Problemlage behandeln. Wir wollen eine Quote in Aufsichtsräten in der Wirtschaft, Sie wollen eine Quote in landeseigenen Unternehmen. Der richtige Weg wäre deshalb aus Sicht meiner Fraktion gewesen, diesen Antrag in den Wirtschaftsausschuss einzubringen, dorthin, wo sich der von meiner Fraktion gestellte Antrag zur Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten zur Beratung befindet, um zu einer gemeinsamen Beschlussfassung zu kommen. Das wäre der normale Weg gewesen, denn im Mai 2009 hat meine Fraktion den Antrag zur Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten in den Landtag eingebracht. Und nach einer hitzigen Debatte wurde der Antrag mit den Stimmen meiner Fraktion, denen der SPD und der CDU in den Wirtschaftsausschuss überwiesen –

*Dr. Armin Jäger, CDU: Jo.*

und dafür bin ich dankbar –, wo wir uns bereits in mehreren Beratungen mit dem Anliegen intensiv befasst haben. Wir haben das Justizministerium um eine Stellungnahme gebeten, die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und

Gleichstellung zur Beratung eingeladen, und wir hatten Vertreterinnen und Vertreter des Wirtschaftsministeriums im Ausschuss. Gesetzestexte beziehungsweise relevante Passagen aus europäischen Ländern, die eine Frauenquote bereits eingeführt haben, wurden in deutscher Übersetzung vorgelegt. Eine Stellungnahme von Ministerin Schröder zur Umsetzung des im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP angekündigten Stufenplans zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen wurde eingereicht. Wir haben also intensiv daran gearbeitet, eine einvernehmliche Lösung zu finden für eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten mit Rücksicht auf die Privatautonomie der Unternehmen. Meines Erachtens waren wir auch schon ziemlich weit fortgeschritten. Die Notwendigkeit, an einer Umsetzung zu arbeiten, wurde von den meisten Ausschussmitgliedern erkannt und nicht mehr infrage gestellt. Dies wurde auch noch einmal deutlich anhand der vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Übersicht über die Mitglieder der Aufsichtsräte der Gesellschaften, an denen das Land Mecklenburg-Vorpommern – und damit beschäftigt sich vornehmlich der vorliegende Antrag – beteiligt ist; nachzulesen in der Ausschussdrucksache 5/206.

Diese Drucksache zeigt speziell für Mecklenburg-Vorpommern die Unterpräsenz von Frauen in Aufsichtsräten. Die Zahlen ähneln denen für das gesamte Bundesgebiet und sind erschreckend. Insgesamt 33 Unternehmen in Mecklenburg-Vorpom-

mern sind in der Übersicht aufgelistet. Sie weisen eine durchschnittliche Frauenquote von lediglich 11 Prozent auf. Noch erschreckender: Bei 13 der 33 Unternehmen sitzt nicht eine einzige Frau im Aufsichtsrat. Somit ist durchaus Handlungsbedarf angezeigt, so, wie er auch in Ihrem Antrag beschrieben ist. Spätestens aber an dieser Stelle hätten Sie mit Ihren hier und heute gestellten Forderungen reagieren können, nämlich im Wirtschaftsausschuss zur Untersetzung eines schon vorliegenden Antrages.

[...] Länder wie Spanien, Frankreich, die Niederlande und Norwegen bieten eine gute Vorlage für die Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten [...] all diese Länder setzen auf die Quotenregelung, und nicht nur in Unternehmen, die in Landeshoheit stehen, oder in Unternehmen, die der Wirtschaft unterstehen, sondern sie streben gesamtgesellschaftliche Regelungen an. [...]

Ich schlage Ihnen deshalb vor, nein, ich bitte darum, Ihren Antrag in den Wirtschaftsausschuss zur gemeinsamen Beratung mit dem von meiner Fraktion im Jahr 2009 gestellten Antrag zur Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten zu überweisen, damit wir zu einer gesamtgesellschaftlichen Lösung kommen und heute nicht einen Teil herausgreifen und den anderen im Ausschuss weiter beraten, beraten und beraten [...]"

### Gleichstellungs-Antrag der Linksfraktion abgelehnt

Der Landtag lehnte am 18. November einen Antrag der Linksfraktion zum Thema Gleichstellung von Frauen und Männern ab. DIE LINKE hatte von der Landesregierung bis März 2011 einen Sachstandbericht mit Lösungsansätzen für Defizite gefordert. So gehöre Mecklenburg-Vorpommern beim Frauenanteil im Landesparlament und in Abteilungsleiterpositionen der obersten Landesbehörden zu den Schlusslichtern im bundesdeutschen Vergleich. Die Linksfraktion wollte auch wissen, wie die EU-Strategie für Gleichstellung von Frauen und Männern 2010 bis 2015 im Land umgesetzt werde.

*Drucksache 5/3886*

**Wolfgang Waldmüller, CDU:**

## „Unser Bundesland übernimmt eine Vorreiterrolle“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag haben sich die Koalitionsfraktionen entschlossen, einen konkreten Schritt in Richtung der Gleichberechtigung / Gleichstellung von Männern und Frauen im Berufsleben zu gehen. Insbesondere – es wurde darauf hingewiesen – in Führungspositionen ist der Frauenanteil in Deutschland und in Europa nicht auf dem Niveau angelangt, das sowohl die Anzahl als auch die Qualifikation gut ausgebildeter Frauen widerspiegelt. Deswegen sind verschiedene Initiativen auf der europäischen, Bundes- und Landesebene zu einer Beseitigung der Ungleichbehandlung zu begrüßen.

Herr Schulte hat bereits gesagt, dass wir schon seit geraumer Zeit diese Diskussion über die Möglichkeiten führen – seit den 80er-Jahren wird sie eigentlich schon geführt –, wie die gut ausgebildeten Frauen einen besseren Zugang auch zu Führungspositionen bekommen. Die aktuellen Diskussionen haben dazu auch als Ansatzpunkt die Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten von börsennotierten Unternehmen. Und sowohl auf europäischer Ebene als auch auf Bundesebene werden dazu Lösungsansätze diskutiert, um über freiwillige Selbstverpflichtungen und gegebenenfalls auch gesetzliche Verpflichtungen den Frauenanteil zu erhöhen. Dadurch soll die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft, Politik und natürlich vor allen Dingen – und darum geht es uns hauptsächlich – in der Wirtschaft vorangetrieben werden.

Auf Bundesebene wird in der CDU in drei Stufen diskutiert, erst Berichtspflichten und Selbstverpflichtung einzuführen und dann an einem Stichtag die Resultate zu kontrollieren und gegebenenfalls in einer dritten Stufe eine gesetzliche Pflicht einzuführen. Das langfristige Ziel ist die gleiche Repräsentation von Frauen und Männern in Führungspositionen der Wirtschaft. Hier wollen nun die Koalitionsfraktionen auch für Mecklenburg-Vorpommern ein Zeichen setzen.

*(Irene Müller, DIE LINKE:  
Ein eingeschränktes Zeichen.)*

Einen direkten Einfluss auf die Einstellung von Frauen in Aufsichtsratsgremien hat das Land naturgemäß bei landeseigenen Unternehmen. Hier haben wir einen unmittelbaren Einfluss auf die Besetzung der Aufsichtsratsstellen. Deshalb sollten wir diese direkte Einflussmöglichkeit nutzen und hier auf eine Erhöhung des Frauenanteils hinarbeiten. Dazu sieht der Antrag vor, bei der Besetzung von frei werdenden Aufsichtsratsposten bei gleichen fachlichen Voraussetzungen Frauen den Vorrang einzuräumen, solange signifikant weniger Frauen in den entsprechenden Gremien vertreten sind. Und damit, meine Damen und Herren, haben wir eine praktikable Lösung gefunden, um den Frauenanteil in Aufsichtsratsgremien sukzessive zu erhöhen.

*(Dr. Margret Seemann, SPD:  
Das werden wir noch sehen,  
ob die praktikabel ist.)*

Und durch eine solche Regelung wird es nicht dazu kommen, dass Posten für den unwahrscheinlichen Fall, dass es keinen weiblichen Bewerber gibt, offen bleiben müssen. Außerdem wird die Erhöhung des Frauenanteils nach dem aktuellen Bedarf durch frei werdende Aufsichtsratsstellen realisiert. Und das, meine Damen und Herren, ist der richtige Weg, um den Frauenanteil in Aufsichtsratsgremien landeseigener Unternehmen zu erhöhen.

*(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)*

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle noch auszuführen, dass es zur umfassenden Gleichstellung von Männern und Frauen – und das haben wir auch im Wirtschaftsausschuss diskutiert – grundlegender vorhergehender Schritte bedarf. So muss, und da sind wir uns, glaube ich, alle einig,

*(Regine Lück, DIE LINKE: Na,  
die fallen aber nicht vom Himmel.)*

eine Analyse vorgenommen werden, was die Ursachen der Karrierebrüche von Frauen sind, um daraus eine Strategie abzuleiten. Dies ist nur zusammen mit der Wirtschaft und den Unternehmen zu leisten und dazu sind auf Bundesebene Initiativen auf den Weg gebracht worden mit den großen börsennotierten Unternehmen. Der richtige Weg ist bereits, wie eben erwähnt, im Bund in die Wege geleitet, Ursachenbekämpfung für diese Karrierebrüche von Frauen zu analysieren. Der falsche Weg ist, stoisch an falschen Quoten festzuhalten.

Durch den hier vorgestellten Antrag übernimmt unser Bundesland eine Vorreiterrolle, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Beruf zu fördern, und gleichzeitig unterstreichen wir durch diesen Antrag unsere Unterstützung der Bemühungen auf Bundes- und Europebene. Ich bitte daher, diesem Antrag, so wie er ist, zuzustimmen. – Vielen Dank.“

**Toralf Schnur, FDP:**

## „Frauen wollen nicht als Quotenfrauen behandelt werden“

Foto: Cornelius Kettler



■ „Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! [...] Ich will auf [...] die Frage eingehen, was man eigentlich will. [...] Wenn ich auf der einen Seite sage, ich möchte eine signifikante Erhöhung, dann hätte mich von der Regierungskoalition schon mal interessiert, was eigentlich ‚signifikant‘ heißt. Wenn ich von 5 Prozent auf 10 Prozent Frauenquote gehe, habe ich einen signifikanten Anstieg. Ist es das, was Sie erreichen wollen? Ich

kann das nicht beurteilen. [...] Wir haben eine Landesregierung, an der seit zig Jahren die Sozialdemokraten beteiligt sind. Meines Wissens ist es so, dass die Aufsichtsräte vorgeschlagen werden. Und da ist es ganz einfach so, dass die Landesregierung [...] vorschlägt und somit doch problemlos in der Lage gewesen wäre, entsprechend Frauen vorschlagen zu können. [...] Und es ist dann natürlich etwas schwierig, wenn gerade die Sozialdemokratie

kommt, die nun am längsten in der Regierung war [...] Da muss man dann die Frage stellen, was Rot-Rot, denn die LINKEN haben einen ähnlichen Antrag, eigentlich die ganzen vergangenen Jahre an der Stelle gemacht hat [...] Da muss man dann die Frage stellen [...]

Tut man den Frauen an der Stelle einen Gefallen? Ich sage Ihnen ganz offen, dass die Frauen, die sich in Aufsichtsräten oder [...] in verantwortungsvollen Vorständen [...] befinden, ganz deutlich selber sagen, dass sie [...] diese Frauenquote selber gar nicht wollen. [...] Es gibt [...] ganz viele Frauen, die einfach nicht als Quotenfrau in Gremien behandelt werden wollen. [...] Das sind auch Frauen, die bewusst und offensiv im Leben stehen und keine Angst vor den Auseinandersetzungen haben. [...] Ich habe selbst [...] eine Bekannte, die in einem Vorstand eines größeren Unternehmens ist, die mir gesagt hat, sie würde es als persönliche Beleidigung empfinden, wenn man ihr [...] sagt, dass sie nur als Quotenfrau dort sitzen würde, weil sie sagt, sie hat sich letzten Endes in einem Wettbewerb durchgesetzt. Der Wettbewerb ist der Teil, wo man dann im Endeffekt eine größere Anerkennung bekommt. Und das sollten wir auch tunlichst so lassen. [...]“

**Udo Pastörs, NPD:**

## „Sie wollen Ihre Quotenfrauen in die Posten hineinmanövrieren“

Foto: Cornelius Kettler



■ „[...] Unternehmerverbände sagen, wir finden nicht genug geeignete Frauen. Und ich frage mich: Warum kapriziert Ihr Antrag von der SPD/CDU sich denn explizit auf die Besetzung von Stellen in

Aufsichtsräten und warum nicht in Vorständen? Denn in den Vorständen spielt die Musik und nicht in den Aufsichtsräten. Da wird gestaltet, entschieden und gezeigt, was man kann oder was man

nicht kann und auch als Mann kann. In den Aufsichtsräten – wissen Sie, da können Sie jeden Deppen hineinstecken, wie die Landesbanken ja in jüngster Zeit beweisen. Und wenn dann die Vorstände nicht vernünftig gearbeitet haben, dann reden die meist von der Politik dort hineingebrachten Frauen oder Männer sich damit heraus – Zitat der Sächsischen Landesbank, der Bayerischen Landesbank – ‚dass sie keine Ahnung von dem gehabt hätten, was man ihnen vorgelegt hat.‘ Zitatende. Das ist die Situation, die wir hier beklagen.

Ihr Antrag ist ganz anders motiviert. Sie wollen im politischen Klüngel ihre Quotenfrauen in die Posten hineinmanövrieren. Sie interessieren sich in erster Linie nur für Ihre Klientel. Sie interessiert nicht gleicher Lohn für gleiche Arbeit, denn wenn Sie sich einmal auf die Kopffzahlen stützen, wie viele Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen stehen, welche Rolle überhaupt diese Frauen in schlechter be-

zahlten Stellen bei gleicher Leistung wie Männer bekommen, im Schnitt 30 Prozent weniger, dann ist das sehr verräterisch, was Sie uns hier heute zugemutet

haben. [...] Für die Kleinen in niedrigen Gehaltsstufen soll Tarifautonomie gelten und für die höchstdotierten, vergleichsweise wenigen Stellen wollen Sie eine staatli-

che Reglementierung. Das passt zu Ihnen. Heuchlerisches Gutmenschentum, fällt mir dazu nur ein. Sie entlarven sich einmal mehr selber. [...]"

**Dr. Margret Seemann, Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung:**

## „Der Antrag ist ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es nach Leistungen gehen würde, [...] dann bräuchten wir [...] den Antrag nicht, weil die besseren Bildungsabschlüsse und Ausbildungsabschlüsse die Frauen haben [...], dann bräuchten wir den Antrag nicht, weil wir die Frauen, wenn es nach Qualifikation gehen würde, in den entsprechenden Posten haben würden. Aber wir haben sie da nicht drin, weil es nämlich ganz andere Ursachen sind, strukturbedingte Nachteile zum Teil, die verhindern, dass Frauen in diese Positionen kommen. [...]"

Ich freue mich sehr über diesen Antrag, der maßgeblich auch von den Wirtschaftspolitikern der Koalitionsfraktionen mitgetragen wird [...]"

*(Toralf Schnur, FDP: Na, wie viel Quote wollen Sie denn?)*

[...] Dazu ist im Übrigen auch schon viel auf Bundesebene passiert. [...] Die Justizministerkonferenz hat sich mit dem Thema beschäftigt, [...] die Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz hat mit 12 von 16 Stimmen einen entsprechenden Antrag angenommen und, was mich besonders freut, auch die Wirtschaftsministerkonferenz hat vor kurzem einen

entsprechenden Antrag angenommen, allerdings nicht in der Stringenz, wie ich mir das gewünscht hätte. [...]"

Im Übrigen [...] bin ich der festen Überzeugung – Herr Schulte hat das vorhin gesagt – allein aufgrund der Aktivitäten der EU werden wir in 2011, spätestens in 2012, über die EU auch diesbezüglich konkretere Vorgaben bekommen. Ich glaube, wenn wir bis dahin nicht selbst gehandelt haben, wird das für Deutschland peinlich, [...] weil die Bundesrepublik bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter laut Ländervergleich des Weltwirtschaftsforums zur Gleichstellung seit einigen Jahren stetig zurückfällt.

Laut neuem Ländervergleich ist Deutschland noch einen Platz zurückgefallen, und zwar von Platz 12 auf Platz 13. Und mittlerweile liegt Deutschland hinter Lesotho und Südafrika zurück. 2006 rangierten wir noch auf Platz 5. [...]"

Außerdem [...] müssten die Wirtschaftsunternehmen ein eigenes Interesse daran haben, das hat die Studie von McKinsey [...] gezeigt, den Frauenanteil im Management oder im Topmanagement zu erhöhen. [...] Das gilt natürlich auch entsprechend für den öffentlichen Dienst [...]"

Der hier vorliegende Antrag von SPD und CDU bezieht sich ausschließlich auf die Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsratsgremien der landeseigenen Unternehmen. Und wer ins Gleichstellungsgesetz schaut, könnte eigentlich [...] die Meinung vertreten, dass wir den vorliegenden Antrag gar nicht brauchen.

*(Toralf Schnur, FDP: Das stimmt.)*

Dennoch freue ich mich über den Antrag. [...] Unser Landesgleichstellungsgesetz von 1998 bestimmt zwar in Paragraph 10, dass insbesondere bei der Entsendung von Personen in Aufsichtsräte oder andere Gremien außerhalb der Verwaltung eine geschlechtsparitätische Besetzung erfolgen soll, deshalb könnte das ja geregelt sein, ist es aber nicht.

*(Toralf Schnur, FDP: Toll!)*

[...] Gegenwärtig wird nämlich in der Landesverwaltung die Entsendung in Aufsichtsratsgremien landeseigener Unternehmen grundsätzlich an das Hauptamt gekoppelt. Da Frauen aber sowohl in der Gruppe der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre als auch in den Abteilungsleitungen der Ressorts so gut wie gar nicht vertreten und ebenso in den Referatsleitungen unterrepräsentiert sind, greift Paragraph 10 des Gleichstellungsgesetzes in der Regel nicht.

Dieser Grundstein der Besetzung wurde nämlich Anfang der 90er Jahre gelegt. Anfang der 90er Jahre wurden die meisten Stellen [...] mit Stelleninhabern und Sprungbeförderung im Alter von Anfang 30 und 40 Jahren besetzt. [...] Und selbstverständlich waren fast nur Männer im höheren Dienst. Anders [...] als in der Privatwirtschaft besetzen die Stelleninhaber diese Stellen dann 30 Jahre und länger. Die personelle Fluktuation ist im öffentlichen Dienst wesentlich geringer als in der Privatwirtschaft und eine Änderung ist demzufolge auch wesentlich schwieriger. Wenn also dann die Stellen Anfang der 90er Jahre mit Männern, CDU/FDP-Koalition, besetzt waren, sind diese Personen auch aufgestiegen. Durch den

einsetzenden Personalabbau wurden frei gewordene Stellen dann nicht wiederbesetzt. Das heißt, angesichts des Personalabbaus ist es jetzt sehr schwierig geworden, Frauen in Führungspositionen zu bekommen. Gerade deshalb muss jede Möglichkeit genutzt werden, frei werdende Stellen und Führungspositionen auch mit entsprechend qualifizierten Frauen zu besetzen. Das heißt, dass das Landesgleichstellungsgesetz von allen Entscheidungsträgern konsequent umzusetzen ist und in den Ressorts tatsächlich auch Frauenförderung vorgenommen wird.

Damit Paragraf 10 Gleichstellungsgesetz und der Antrag von SPD und CDU zumindest kurzfristig zu einer paritätischen Besetzung in Aufsichtsratsgremien und anderen Gremien außerhalb der Landesverwaltung führen, [...] sollte [...] geprüft werden, ob zum Beispiel die Wahrnehmung der Aufsichtsrats Tätigkeit zwingend an das Hauptamt gekoppelt werden muss oder ob nicht die Wahrnehmung der Aufsichtsratsfunktionen auch von einer Person erfolgen kann, die die fachliche Voraussetzung dazu erfüllt. Ich bin mir ganz sicher, dass wir dann auch mehr Frauen finden werden, die eine entsprechende Qualifizierung haben, aber leider nicht in dem entsprechenden Amt oder in der entsprechenden Funktion sind. [...]

Ein wesentlicher Schlüssel ist neben anderen strukturbedingten Nachteilen und subjektiven Einstellungen im öffentlichen Dienst auch, dass die Leistungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht immer danach bewertet werden, was jemand innerhalb einer bestimmten Zeit schafft, sondern ob jemand quasi rund um die Uhr verfügbar ist. Es hat sich eine sogenannte [...] „Anwesenheitskultur“ herausgebildet nach dem Motto: Frau mit zwei Kindern, nach 18.00 Uhr nicht mehr verfügbar, also auch nicht geeignet. [...] Ich habe in meinem Bereich Frauen, die gut qualifiziert und so gut organisiert sind, dass sie in sechs Stunden Teilzeitarbeit genauso viel schaffen wie andere in acht Stunden. Sie haben es nämlich auch gelernt, sich zu organisieren. [...]

Ein weiteres Problem sind bestimmte Regelungen in den jeweiligen Laufbahnverordnungen. Frauen, die wegen Familienzeiten zu einer bestimmten Zeit ihre

**Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen der 100 größten Unternehmen in Deutschland** (ohne Finanzsektor)

Aufsichts- / Verwaltungsräte	2006	2007	2008	2009
Unternehmen insgesamt	100	100	100	100
<b>Mit Angaben zur Zusammensetzung</b>				
Ohne Frauen im Aufsichtsrat	22	21	20	18
<b>Mitglieder insgesamt</b>	1.389	1.373	1.385	1.166
Männer	1.270	1.255	1.249	1.048
Frauen	119	118	136	118
<b>Vorsitze insgesamt</b>	87	86	88	78
Männer	85	84	86	76
Frauen	2	2	2	2

Vorstände / Geschäftsführungen	2006	2007	2008	2009
Unternehmen insgesamt	100	100	100	100
<b>Mit Angaben zur Zusammensetzung</b>				
Ohne Frauen im Vorstand	96	88	93	88
<b>Mitglieder insgesamt</b>	531	536	526	441
Männer	530	529	519	437
Frauen	1	7	7	4
<b>Vorsitze insgesamt</b>	97	95	96	92
Männer	97	95	96	92
Frauen	0	0	0	0

*Quelle: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 4/2010*

berufliche Tätigkeit unterbrechen, können dann zum Teil die Anforderungen an Beförderungen nicht mehr erfüllen. [...] Die Folge ist, dass sie keine Chance zum Aufstieg haben und sich folglich letztendlich nicht mehr auf eine Abteilungsleiterstelle bewerben können. Und deshalb [...] danke ich noch einmal all denjenigen, die sich während der vor kurzem stattgefundenen Diskussion zur Änderung der Laufbahnverordnung für unser Land dafür eingesetzt haben, dass solche Fallstricke für Personen, die familienbedingt Unterbrechungen in der Dienstzeit haben, nicht mehr bestehen. [...]

Abschließend möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, dass der vorliegende Antrag ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung ist. Er unterstützt die Umsetzung des Paragrafen 10 Gleichstellungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern. [...]"

**Anmerkung**

Die Redebeiträge der Abgeordneten in der Plenardebatte am 17. November 2010 wurden für den Abdruck gekürzt. Wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit wurde die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. Die gesamte Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen: [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de). (Plenarprotokollauszüge)

*Antrag der SPD/CDU-Koalition: Drucksache 5/3882*  
*Antrag der Fraktion DIE Linke von 2009: Drucksache 5/2550*

## Berliner Polizei führt Taser vor

Öffentliche Anhörung im Innenausschuss

■ CDU und SPD haben in der Septembersitzung des Landtages ein Gesetz zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes eingebracht (LandtagsNachrichten berichtet). Inhalt des Gesetzentwurfes sind unter anderem die Entfristung der Videoüberwachung öffentlicher Orte, der Telekommunikationsüberwachung sowie der Einsatz des automatischen Kfz-Kennzeichenlesesystems. Ferner sollen Spezialeinheiten der Landespolizei M-V mit Disanz-Elektroimpulsgeräten (Taser) ausgestattet werden.

Im Innenausschuss fand am 4. November die öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf statt. Im Mittelpunkt stand dabei die schon im Vorfeld kontrovers diskutierte Neuerung, die Landespolizei mit sogenannten Tasern auszustatten. Der Vorsitzende des Innenausschusses **Dr. Gottfried Timm** setzte deshalb große Erwartungen in die Anhörung, zumal eine praktische Vorführung der neuen Geräte vorgesehen war: „Ich bin sehr dafür, dass wir uns im Innenausschuss nicht nur die technische Wirkungsweise einmal vorführen, sondern uns auch aus anderen Ländern erklären lassen, wie dort der Einsatz gelaufen ist, um dann für uns zu bewerten, ob das für Mecklenburg-Vorpommern sinnvoll ist oder nicht.“

Die von den Fraktionen geladenen Fachleute nahmen deshalb Stellung zur Anwendung, Wirkungsweise und Einsatzmöglichkeit der Taser. Polizeidirektor Oliver Tölle, tätig im Stab des Berliner Polizeipräsidenten, führte dazu aus: „Der Taser ist ein Elektroimpulsgerät, das als so genannte Schock-Lähmungswaffe funktioniert. Es handelt sich um eine Defensivwaffe, die durch elektrische Impulse den Adressaten sofort außerstande setzt, willensgesteuerte Körperbewegungen auszuführen.“ Michael Silkeit von der Gewerkschaft der Polizei sieht in dem Einsatz von Tasern „eine weitaus humanere Alternative zu Schusswaffen“. Die Notwendigkeit klarer gesetzlicher Regelungen für den Taser-Einsatz veranschaulichte Prof. Dr. Hartmut Aden von der Hochschule Wirtschaft und Recht Berlin: „Der Einsatz von Tasern kann zu erheblichen Verletzungen und damit zu schweren Eingriffen in das Recht auf körperliche Unversehrtheit führen. Die Entwurfsbegründung führt zutreffend aus, dass solche Waffen nur durch speziell ausgebildete Beamte verwendet werden dürfen. Im Hinblick auf die Verletzungsgefahren ist ein klarer Grundrechtsschutz durch Verfahrensvorschriften geboten. Daher ist im Falle der Einführung dieser Geräte klarzustellen, wie, wann und von wem diese Geräte anzuwenden sind.“ Anlehnend an diese kritische Würdigung forderten auch die Vertreter der Fraktionen DIE LINKE und FDP klare Vorschriften für die geplante Anwendung von Tasern in Mecklenburg-Vorpommern. Für den Ausschuss reichlich Beratungsbedarf.

Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG):

[Drucksache 5/3735](#)

## Problem militärische Altlasten

Wirtschaftsausschuss besuchte Kyritz-Ruppiner Heide

■ Am 12. November trafen sich in Wittstock die Wirtschaftsausschüsse der Landtage Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu einer Anhörung mit dem Thema „Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide“.

Nach jahrelangem Rechtsstreit und vielen Aktivitäten von Bürgerinitiativen auch aus Mecklenburg-Vorpommern hat das Bundesministerium der Verteidigung die bisherigen Pläne für eine zukünftige militärische Nutzung des zuletzt von der Sowjetarmee betriebenen Truppenübungsplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide aufgegeben. Deshalb stellten in der Anhörung Vertreter der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Kyritz-Ruppiner Heide und der Gemeinde Wittstock sowie des Landkreises Ostprignitz-Ruppin ihre Vorstellungen von der Zukunft des erheblich munitionsbelasteten Geländes vor. Dabei wurde betont, welche positive Wirkung für den Tourismus in der Region bereits durch den völligen Verzicht auf Tiefflüge erreicht worden sei. Offen blieb, inwieweit die Fläche kurz- bis mittelfristig bereits etwa für Radwege oder geführte Besichtigungen erschlossen werden kann. Vor allem bei der anschließenden mehrstündigen Besichtigung des Geländes unter Leitung des Standortkommandanten Thomas Hering wurde klar, dass man dort nahezu überall mit Blindgängern und anderen militärischen Altlasten rechnen muss. Eine Beräumung ist nicht nur technisch schwierig, sondern vor allem kaum bezahlbar. Ein unbeschwerter Spaziergang durch die gesamte Kyritz-Ruppiner Heide ist deshalb eher eine Vision für die ferne Zukunft.

Schon bald aber wollen sich die Wirtschaftsausschüsse von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wieder treffen. Dann soll es um den Ausbau des Wassertourismus gehen, wie Ausschussvorsitzender **Jochen Schulte** ankündigte.



Foto: Landtagsverwaltung

Auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide muss man nahezu überall mit Blindgängern und anderen militärischen Altlasten rechnen.

# Voneinander lernen



## Jugend und Politik im Dialog bei „Jugend im Landtag 2010“

■ „Es gibt keine bessere Möglichkeit, die Jugend für die Politik hier in Mecklenburg-Vorpommern zu begeistern.“ Der 16-jährige Eric Andersen aus Ventschow spricht mit seiner Meinung zu Jugend im Landtag 2010 den meisten

Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Herzen. Als die rund 80 jungen Leute am 11. November in ihre Heimatorte zurückfahren, liegen vier arbeits- und erlebnisreiche Tage im Landtag Mecklenburg-Vorpommern hinter ihnen.



### Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Schirmherrin von JiL:

„Das Projekt ‚Jugend im Landtag‘ ist ein wichtiger Baustein der politischen Bildungsarbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Die Erfahrung zeigt: Wer versteht, wie Demokratie funktioniert, und sich aktiv beteiligt, wird immun gegen extremistisches Gedankengut!“

### Friedhelm Heibroek, Geschäftsführer des Landesjugendrings M-V :

„Ziel ist es auszuloten, welche Themen die Jugendlichen bewegen, welche konkreten Forderungen sie an die Politik stellen, und andererseits, welche Fragen und Wünsche die Politikerinnen und Politiker an die Jugendlichen haben. Jugend im Landtag ist so echter politischer Dialog im Sinne der Partizipation junger Menschen an demokratischen Prozessen der Entscheidungsfindung.“



Jugend im Landtag

Fotos: Landesjugendring

# Die Forderungen von „Jugend im Landtag 2010“

Jugend im Landtag



## Bildung

Mehr Geld für Vereine • Eine Exzellenzinitiative: Wir müssen so viel besser sein, wie wir teuer sind • Wir brauchen einen Quantensprung in der Hochschulpolitik • Wir brauchen einen regionalen Hochschulpakt - Keine Hochschule in den neuen Bundesländern profitiert von der Exzellenzinitiative der Bundesregierung • Größeres Weiterbildungsangebot für Lehrer und Lehrerinnen • Kleinere Klassen (max. 20 bis 25 Schüler pro Klasse) • Notebook in der Oberschule (ab Klasse 11). Alle haben Zugang und können den Umgang lernen. Mecklenburg-Vorpommern könnte Vorreiter sein!

## Arbeit / Ausbildung

Ausbildung der Ausbilder und Ausbilderinnen verbessern • Landesübernahmegarantie für Absolventen der Berufsausbildung • Mindestausbildungsvergütung von 500 € • Chancengleichheit der Geschlechter (Vergütung, Arbeitsbedingungen) • Angleichung Ost-West

## Freizeit

Vereinsarbeit vor Ort stärken (Ehrenamt fördern) • Ehrenamt braucht Hauptamt • Mehr Geld für die Kommunen im Bereich Jugendarbeit • Unterstützung von Vereinsarbeit an Schulen • kompetent geführte Jugendclubs • Gestaltbare Räume mit Verantwortung und Regeln schaffen • Nutzung öffentlicher Plätze auch durch Jugendlichen • Aufbau und Förderung von Zukunfts- und Bildungswerkstätten • mehr Musikschulen / Projekte außerhalb der Schule • Angebote nicht nur in den Zentren • Sportplätze öffentlich nutzbar machen • Sportplätze auch in kleineren Städten • bessere und günstigere Busverbindungen am Wochenende und außerhalb der „Großstädte“ • bessere Abandanbindung (späte Busse) • Rufbusse stärken • Förderung von Schülerdauerkarten für Bus und Bahn • mehr Freizeitförderung für „Hartz IV-Kinder“ • Möglichkeiten für alle, Interessen zu fördern, unabhängig von Geldbeutel der Eltern

## Umwelt

Unabhängige Studien zur Auswirkung von Gentechnik • Existierende Studien ernst nehmen • Verbot von Gentechnik • Kennzeichnungspflicht für genetisch veränderte Lebensmittel • Ampelkennzeichnung von Transportweg und CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf Lebensmittel-Verpackungen • Mehr Transport mit Bahn und Schiff • Mehr regionale Produktionsketten • Regionale Supermärkte stärken • Förderung von Schulen mit Bio-Catering • Landespolitik soll sich stärker in Atommüll-lagerung einmischen • Stärkere Investitionen in Zukunftenergien • Keine Förderung von fossilen Brennstoffen

Fotos: Landesjugendring

# Voneinander lernen

Jugend und Politik im Dialog bei „Jugend im Landtag 2010“

## „Jugendperspektiven? Selbermachen!“

Das viertägige Jugendprojekt, das wie in den Vorjahren vom Landesjugendring M-V in Kooperation mit dem Landtag im Schweriner Schloss organisiert und durchgeführt wurde, stand unter dem Motto „Jugendperspektiven? Selbermachen!“ Dass JiL in einer Sitzungswoche der Landtagsausschüsse stattfand, war kein Zufall: So konnten die Teilnehmer das Parlament bei der Arbeit erleben, und es gab vielfältige Möglichkeiten für Begegnungen zwischen Jugendlichen und Abgeordneten.

Zum Auftakt stand eine Schlossrallye auf dem Programm, um den Teilnehmern die Orientierung im „schönsten Landtagssitz Deutschlands“ zu erleichtern. Anschließend simulierten die Jugendlichen bei einem Planspiel die parlamentarischen Beratungen in Fraktionen und Ausschüssen zu einem realen Antrag der aktuellen Wahlperiode. Höhepunkt war die Zweite Lesung unter „Live-Bedingungen“ im Plenarsaal – geleitet vom „richtigen“ Vize-Präsidenten Andreas Bluhm.

Bei der Workshoparbeit ging es um die Themen Bildung, Arbeit und Ausbildung, Umwelt und Freizeit. Die Jugendlichen diskutierten ihre Meinungen, Ideen und Vorschläge, bekamen von Experten Fakten und Denkanstöße und erarbeiteten ihre Forderungen an die Landespolitik. Wichtiger Bestandteil der Projektarbeit waren Diskussionsrunden mit Abgeordneten – die Workshops hatten sich die jeweiligen Fachpolitiker aus den Fraktionen eingeladen und sich außerdem mit einzelnen Fachausschüssen verabredet. Für Christin Hundt aus Schwerin gehörten diese Gespräche zu den wichtigsten Eindrücken: „Ich fand es wunderbar, dass sich viele Politiker die Zeit genommen haben, auf unsere Wünsche und Ideen einzugehen, und mit uns auf Augenhöhe diskutiert haben.“ Allerdings machten die Jugendlichen auch die Erfahrung, dass die Abgeordneten schnell auch in Diskussionen miteinander gerieten oder Fragen sehr ausschweifend beantworteten. „Beim nächsten Mal sollten wir mehr sprechen und die Polis zuhören“, schrieb dazu ein Teilnehmer in seinen Feedback-Bogen.

Gelegenheit zum Zuhören bot sich den Abgeordneten bei der Abschlusspräsentation der Ergebnisse – und wurde von zahlreichen Vertretern der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und DIE LINKE genutzt. „Ich hoffe, dass die Politiker über unsere Forderungen nachdenken“, sagte Nina Schlicht aus Dabel. Diesen Wunsch teilt sie mit allen Akteuren von „Jugend im Landtag 2010“.



Energie-Spartipp von Jugendlichen und Abgeordneten: Steckdosenleiste mit Kippschalter



Andreas Bluhm



Abgeordnete aller demokratischen Fraktionen bei der Ergebnispräsentation

Jugend im Landtag

Fotos: Landesjugendring

## Dänische Spuren im Schloss

**Besuch des Prinzenpaares Frederik und Mary gehörte zu Höhepunkten 2010**



Die Schweriner bereiteten dem sympathischen Paar einen herzlichen Empfang.



Frederik und Mary studieren eine Urkunde aus dem Landeshauptarchiv.

■ Fast ein halbes Jahrtausend reichen die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem dänische Königshaus und Mecklenburg zurück. Und schon in den Jahrhunderten davor kam man sich nahe – wenn auch nicht immer ganz friedlich. Wie Dänenkönig Waldemar II. im frühen 13. Jahrhundert erfahren musste. Ihn und seinen Thronerben hatte der Schweriner Graf kurzerhand in Geiselhaft genommen. Zwei Jahre eingesperrt, konnten beide erst die Heimreise antreten, nachdem die Königin Teile ihres Goldschmucks geopfert hatte.

Da wurde ein moderner Thronfolger des kleinen Königreichs zwischen Nord- und Ostsee 2010 doch wesentlich freundlicher behandelt. Der Besuch von Kronprinz Frederik und Prinzessin Mary in Mecklenburg-Vorpommern im September gehörte in diesem Jahr zweifelsohne zu den großen gesellschaftlichen Ereignissen im Land. Im Schweriner Schloss wurde dem hohen Gast die Urkunde präsentiert, mit der die Freilassung seiner Vorfahren protokolliert wurde. Das Prinzenpaar trat nach zwei ereignisreichen Tagen unbehelligt und begleitet von den besten Wünschen der Gastgeber die Heimreise an.

Seine Prinzessin Mary fand Frederik zwar in Australien, dennoch interessierte er sich bei seinem Besuch auch für alte Familienbande. Sophie von Mecklenburg (1557-1631) etwa soll mit ihrem Gatten, dem Dänenkönig Frederik II., häufig ihre Eltern in Güstrow besucht haben. Nach dem Tod ihres Mannes erlangte sie selbst politischen Einfluss und wurde durch Getreide- und Pferdehandel zu einer überaus wohlhabenden Geschäftsfrau. Die Urgroßmutter des heutigen Kronprinzen Frederik, Dänen-Königin Alexandrine Auguste (1879-1952), entstammte ebenfalls dem Mecklenburger Herzogshaus. Sie verbrachte ihre Kindheit zum großen Teil im Schweriner Schloss. Die Kinderzimmer, in denen die spätere Königin und ihre Geschwister alljährlich viele Monate lebten, sind heute Teil des Schlossmuseums. Es gibt noch Fotos, auf denen Dänen-König Christian X. (1870-1947) und seine Frau Alexandrine zu sehen sind – und auch die

kleinen Treppen vor den Fenstern, über die einst die Kinder in den romantischen Burggarten gelangen konnten.

Kluge Heiratspolitik hat den deutschen Herzogshäusern früher Einfluss und Eigenständigkeit gesichert. Und Dänemarks adeliger Nachwuchs war offenbar attraktiv für hochherrschaftliche Familien in Mecklenburg. Deren Stammbuch reicht lange zurück. So begegnete der 42-jährige Dänenprinz bei seinem Besuch in diesem Herbst im Schweriner Schloss auch dem Begründer der Mecklenburger Dynastie, Fürst Niklot (1090-1160). Dessen Reiterstandbild thront unübersehbar über dem Eingangsportal. Kaum eine andere Herzogsfamilie hat in so langer, lückenloser Folge geherrscht. Offenbar ein gutes Heiratsargument!

Heute, wo Königskinder bei der Wahl der Gatten ihrem Herzen folgen dürfen, dienen die hochrangigen Besuche einem anderen Zweck. Dänemark zählt in der Gegenwart zu den wichtigsten Handelspartnern Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum. Mit dem 2008 gestarteten Nachbarschaftsprojekt Re:connect will Dänemark die historisch engen kulturellen Beziehungen mit Ostdeutschland wieder beleben. Und der Besuch des berühmten Dänenpaares in Schwerin, Stralsund, Rostock und Güstrow gilt als ein Mosaikstein dafür. Zur dänischen Delegation, die auf Einladung von Ministerpräsident Erwin Sellering im Land weilte, gehörte auch der Gesundheitsminister des Königreichs. Beide Länder, so hieß es, streben eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gesundheitswirtschaft, aber auch bei der Energiegewinnung aus regenerativen Quellen an.

Das dänische Prinzenpaar wurde auch von der Bevölkerung des Landes auf all seinen Stationen begeistert empfangen. Und sie schienen sich durchaus wohlfühlen. Auch im Schweriner Schloss, wo bei einem abendlichen Empfang Entenlebermousse, warme Terrine vom Zander, Hirschrücken und Schokoladenküchlein aus der Schlossküche gereicht wurden. Auf cremefarbenen, nicht auf goldenen Tellern. In einem Schloss, das längst zum Hort der Demokratie wurde. Mit dem angeblich schönsten Landtagssitz in ganz Deutschland.

Fotos: Cornelius Kettler

# Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2011

Die Sitzungstermine in der zweiten Jahreshälfte werden erst nach der Landtagswahl im September 2011 festgelegt.

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Sa Neujahr	1 Di	1 Di	1 Fr	1 So Tag der Arbeit	1 Mi	1 Fr	1 Mo 31.	1 Do Weltkristalltag	1 Sa	1 Di Allerheiligen	1 Do
2 So	2 Mi	2 Mi	2 Sa	2 Mo 18.	2 Do	2 Sa	2 Di	2 Fr	2 So	2 Mi Allerheiligen	2 Fr
3 Mo 1.	3 Do	3 Do	3 So	3 Di	3 Fr	3 Mo	3 Mi	3 Sa	3 Mo 19. Tag der Mecklenburger Landtag	3 Do	3 So
4 Di	4 Fr	4 Fr	4 Mo 14.	4 Mi	4 Sa	4 Mo 27.	4 Do	4 So	4 Di 40.	4 Fr	4 Mo 2. Advent
5 Mi	5 Sa	5 Sa	5 Di	5 Do	5 So	5 Di	5 Fr	5 Mo 36.	5 Mi	5 Sa	5 Mo 43.
6 Do	6 So	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo 21.	6 Mi	6 Sa	6 Di	6 Do	6 So	6 Di
7 Fr	7 Mo 6.	7 Mo Karfreitag 10.	7 Do	7 So	7 Di	7 Do	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo 45.	7 Mi
8 Sa	8 Di	8 Di Internationaler Frauentag	8 Fr	8 Mo	8 Mi	8 Fr	8 Mo 32.	8 Do	8 So	8 Di	8 Do
9 So	9 Mi	9 Mi Achternbach	9 Sa	9 Di 19.	9 Do	9 Sa	9 Di	9 Fr	9 Mo	9 Mi	9 Fr
10 Mo 2.	10 Do	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr	10 So	10 Mi	10 Sa	10 Mo 41.	10 Do	10 So
11 Di	11 Fr	11 Fr	11 Mo 15.	11 Mi	11 Sa	11 Mo 28.	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr	11 Mo 1. Advent
12 Mi	12 Sa	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So Pfingstmontag	12 Di	12 Fr	12 Mo 37.	12 Mi	12 Sa	12 Mo 50.
13 Do	13 So	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo Pfingstmontag 24.	13 Mi	13 Sa	13 Di	13 Do	13 So Volkstrauertag	13 Di
14 Fr	14 Mo 7.	14 Mo 11.	14 Do	14 So	14 Di	14 Do	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo 46.	14 Mi
15 Sa	15 Di	15 Di	15 So	15 Di	15 Do	15 Fr	15 Mo 33.	15 Do	15 Sa	15 Di	15 Do
16 So	16 Mi	16 Mi	16 Sa	16 Mo 20.	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr	16 Mo	16 Mi	16 Fr
17 Mo 3.	17 Do	17 Do	17 So	17 Di	17 Do	17 So	17 Mi	17 Do	17 So	17 Di	17 So
18 Di	18 Fr	18 Fr	18 Mo 16.	18 Mi	18 Sa	18 Mo 29.	18 Do	18 So	18 Di	18 Fr	18 Mo 4. Advent
19 Mi	19 Sa	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr	19 Mo 38.	19 Mi	19 Sa	19 Mo 51.
20 Do	20 So	20 So	20 Mi	20 Fr	20 Mo 25.	20 Mi	20 Sa	20 Di	20 Do	20 So	20 Di
21 Fr	21 Mo 8.	21 Mo 12.	21 Do	21 So	21 Di	21 Do	21 So	21 Mi	21 Fr	21 Mo 47.	21 Mi
22 Sa	22 Di	22 Di	22 So	22 Di	22 Do	22 So	22 Mi	22 Do	22 So	22 Di	22 Do
23 So	23 Mi	23 Mi	23 Sa	23 Mo 21.	23 Do	23 So	23 Di	23 Fr	23 Mo	23 Mi	23 Fr
24 Mo 4.	24 Do	24 Do	24 So	24 Di	24 Do	24 So	24 Mi	24 Do	24 So	24 Di	24 Sa Heiligabend
25 Di	25 Fr	25 Fr	25 Mo	25 Do	25 So	25 Di	25 Fr	25 Mo 30.	25 Do	25 So	25 Sa 1. Weihnachtstag
26 Mi	26 Sa	26 Sa	26 Di	26 Do	26 So	26 Di	26 Fr	26 Mo 39.	26 Do	26 So	26 Mo 2. Weihnachtstag
27 Do	27 So	27 So	27 Mi	27 Fr	27 Mo 26.	27 Mi	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So	27 Di
28 Fr	28 Mo 9.	28 Mo 13.	28 Do	28 So	28 Di	28 Do	28 So	28 Mi	28 Fr	28 Mo 48.	28 Mi
29 Sa	29 Di	29 Di	29 So	29 Di	29 Do	29 So	29 Mi	29 Do	29 So	29 Di	29 Do
30 So	30 Mi	30 Mi	30 Sa	30 Mo 22.	30 Do	30 So	30 Di	30 Fr	30 Mo	30 Mi	30 Fr
31 Mo 5.	31 Do	31 Do	31 So	31 Di	31 Do	31 So	31 Mi	31 Do	31 So	31 Di	31 Sa Silvester



Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Schloss, Lennestraße 1, 19053 Schwerin  
Telefon 0385 / 525-0, Telefax 0385 / 525 21 21  
E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de

■ Sitzungswochen Landtag

■ Sitzungswochen Landtagsausschüsse

■ Tagungswochen Deutscher Bundestag

■ Plenarsitzungen Bundesrat

■ Sitzungsfreie Zeit



## Gewinnspiel

Die Antwort auf unsere Preisfrage fällt Ihnen nach der Lektüre der LandtagsNachrichten garantiert nicht schwer:  
**Unter welchem Motto stand die Veranstaltung „Jugend im Landtag“?**

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir Postkartenkalender 2011 „Mecklenburg-Vorpommern – Ein Land am Wasser“. Schüler können für ihre Klasse eine Fahrt zum Landtag im Schweriner Schloss gewinnen!

Absender:

---



---



---

Meine Schule:

---

## LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

JiL stand unter dem Motto:

---



---

Ich bin Abonnent/in:  Ja  Nein

Ich möchte die LandtagsNachrichten abonnieren:  Ja

Foto: Schlossinsel Schwerin, © Cornelius Kettler

Deutsche Post **ANTWORT**

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Öffentlichkeitsarbeit  
Lennestraße 1, Schloss  
19053 Schwerin

Porto  
zahlt  
Empfänger



Foto: Jörn Lehmann

Wer noch auf der Suche nach einem besonders originellen Geschenk ist, für den haben wir diesen Tipp: Verschenken Sie doch einen Stern vom Himmel! Vom Sternenhimmel der Schweriner Schlosskirche, um genau zu sein. „Ihr „Stern“ bleibt zwar, wo er ist, nämlich an dem mit über 8000 Sternen verzierten Deckengewölbe, aber die Investition lohnt sich auf jeden Fall. Der oder die Beschenkte bekommt ein Sternenzertifikat mit den genauen Koordinaten seines Sterns, der Erlös des Sternverkaufs kommt der Sanierung der Schlosskirche zugute, und Sie müssen nicht auf die üblichen SOS-Notgeschenke zurückgreifen. Informationen und Sterne gibt es bei der Landtagsverwaltung, Telefonnummer 0385 / 525 - 2134.

(Adressfeld für Abonnenten)

*Wir wünschen allen  
Leserinnen und Lesern  
ein frohes Weihnachtsfest und  
alles Gute für das neue Jahr!*

Collage: Uwe Sinnacker



Bleiben Sie den LandtagsNachrichten gewogen. Und sollten Sie das Heft zum ersten Mal in der Hand haben – Sie können es kostenfrei abonnieren. Dann sind Sie 2011 immer gut informiert über die Arbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und über den schönsten Landtagssitz Deutschlands!

Informationen zum Abo finden Sie auf Seite 2 im Impressum.



Foto: Cornelius Kettler